

# Ordnungen in der Krise

---

**Ordnungssysteme**  
Studien  
zur Ideengeschichte  
der Neuzeit



Herausgegeben von  
Dietrich Beyrau,  
Anselm Doering-Manteuffel  
und Lutz Raphael  
**Band 22**

---

R. Oldenbourg Verlag München 2007

Wolfgang Hardtwig (Hrsg.)

---

# Ordnungen in der Krise

---

Zur politischen Kulturgeschichte  
Deutschlands 1900–1933

---

R. Oldenbourg Verlag München 2007

Gedruckt mit Unterstützung  
der Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung

*Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [<http://dnb.d-nb.de>](http://dnb.d-nb.de) abrufbar.

© 2007 R. Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München  
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München  
Internet: [oldenbourg.de](http://oldenbourg.de)

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf  
Umschlagbild: Roman Clemens: Spiel aus Form, Farbe, Licht und Ton (1929)  
© Theaterwissenschaftliche Sammlung, Universität zu Köln  
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).  
Gesamtherstellung: Druckhaus „Thomas Müntzer“, Bad Langensalza

ISBN 978-3-486-58177-5

# Inhalt

|                                                                                                                                                                |     |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| <i>Wolfgang Hardtwig</i><br>Vorwort .....                                                                                                                      | 9   |
| <i>Wolfgang Hardtwig</i><br>Einleitung .....                                                                                                                   | 11  |
| <br>I. Menschen und ihr Raum: Grenzraum, Naturraum, kolonialer Raum                                                                                            |     |
| <i>Vanessa Conze</i><br>„Unverheilte Brandwunden in der Außenhaut des Volkskörpers“.<br>Der deutsche Grenz-Diskurs der Zwischenkriegszeit (1919–1939) ....     | 21  |
| <i>Thomas Rohkrämer</i><br>Bewahrung, Neugestaltung, Restauration? Konservative<br>Raum- und Heimatvorstellungen in Deutschland 1900–1933 .....                | 49  |
| <i>Willi Oberkrome</i><br>Stamm und Landschaft. Heimatlicher Tribalismus und die<br>Projektionen einer „völkischen Neuordnung“<br>Deutschlands 1920–1950 ..... | 69  |
| <i>Dirk van Laak</i><br>Afrika vor den Toren. Deutsche Raum- und Ordnungsvor-<br>stellungen nach der erzwungenen „Dekolonisation“ .....                        | 95  |
| <br>II. Zeiterfahrungen und Zeitkonzepte                                                                                                                       |     |
| <i>Rüdiger Graf</i><br>Optimismus und Pessimismus in der Krise – der<br>politisch-kulturelle Diskurs in der Weimarer Republik .....                            | 115 |
| <i>Peter Fritzsche</i><br>Historical Time and Future Experience in Postwar Germany .....                                                                       | 141 |
| <i>Martin H. Geyer</i><br>„Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“. Zeitsemantik und<br>die Suche nach Gegenwart in der Weimarer Republik .....             | 165 |

## III. Geschlecht – Körper – Emotion

*Ute Planert*

Kulturkritik und Geschlechterverhältnis. Zur Krise der  
 Geschlechterordnung zwischen Jahrhundertwende und  
 „Drittem Reich“ ..... 191

*Kathleen Canning*

Between Crisis and Order: The Imaginary of Citizenship  
 in the Aftermath of War ..... 215

*Martina Kessel*

Gewalt schreiben. „Deutscher Humor“ in den Weltkriegen ..... 229

## IV. Massengesellschaft und Individualität

*Per Leo*

Der „fremde Andere“. Zur Sichtbarkeit des Einzelnen in den  
 Inszenierungen der modernen Großstadt ..... 261

*Moritz Föllmer*

Die Berliner Boulevardpresse und die Politik der Individualität  
 in der Zwischenkriegszeit ..... 293

*Daniel Siemens*

„Vom Leben getötet“. Die Gerichtsreportage in der liberal-  
 demokratischen Presse im Berlin der 1920er Jahre ..... 327

## V. Gewalterfahrungen und Gewaltstrategien

*Martin Baumeister*

Kampf ohne Front? Theatralische Kriegsdarstellungen in der  
 Weimarer Republik ..... 357

*Sven Reichardt*

Totalitäre Gewaltpolitik? Überlegungen zum Verhältnis von  
 nationalsozialistischer und kommunistischer Gewalt in der  
 Weimarer Republik ..... 377

*Thomas Hippler*

Krieg aus der Luft: Konzeptuelle Vorüberlegungen zur  
Entstehungsgeschichte des Bombenkriegs ..... 403

## VI. Die Krise der Ordnungen und das Bild

*Doris Kaufmann*

„Primitivismus“: Zur Geschichte eines semantischen Feldes  
1900–1930 ..... 425

*Jost Philipp Klenner*

Der Duce ist nicht aus Email. Aby Warburg, politisch? ..... 449

*Bernd Roeck*

„Von Bismarck bis Picasso“. Wilhelm Uhde und die Geburt  
der Avantgarde ..... 481

*Alexander Schug*

Das Ende der Hochkultur? Ästhetische Strategien der  
Werbung 1900–1933 ..... 501

*Thomas Mergel*

Propaganda in der Kultur des Schauens. Visuelle Politik in der  
Weimarer Republik ..... 531

Abkürzungen ..... 561

Autorenbiographien ..... 563



## Vorwort

Der vorliegende Band entstand aus einer Tagung, die vom 23.–25. November 2004 an der Humboldt-Universität zu Berlin stattfand. Absicht der Konferenz war es, Forschungsbeiträge, die im Kontext eines größeren Forschungsvorhabens „Politische Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1936“ an der Humboldt-Universität entstanden sind, im Kreis von Fachkollegen zur Diskussion zu stellen und darüber hinaus Probleme der Gegenstandsbestimmung und der Methode von „politischer Kulturgeschichte“ vor dem Hintergrund der aktuellen Forschungssituation zu erörtern.

Ich danke allen KollegInnen, die sich zu Referaten auf der Konferenz und zu Beiträgen zur Publikation bereiterklärt haben und die damit zu einer intensiven Diskussion beigetragen haben. Zu danken ist auch den Kommentatoren, die die einzelnen Beiträge vorgestellt und kommentiert, die Diskussion strukturiert und vertieft und damit dazu beigetragen haben, dass die Manuskripte den aktuellen Erkenntnisstand zu den einzelnen Themenkomplexen so weit wie möglich widerspiegeln (Andreas Daum, Roger Chickering, Dieter Langewiesche, Lutz Raphael, Andreas Wirsching).

Finanziert wurde die Tagung von der Fritz-Thyssen-Stiftung, die auch die Druckkosten übernahm. Für beides ist der Stiftung sehr zu danken.

Dank schulde ich auch Frau Kerstin Brudnachowski für die Tagungsvorbereitung und für die Erstellung des satzfertigen Manuskriptes. Michael Lück habe ich für die Korrektur der Manuskripte zu danken.

Berlin, 9. Dezember 2006

Wolfgang Hardtwig



## Einleitung

Seit 1890/1900 vollzogen sich in Deutschland unterschiedlich beschleunigte Modernisierungsvorgänge, die sowohl die industrie- wie die agrarwirtschaftliche Gesellschaft wie auch die Politisierungsprozesse erfassten. Vor allem durchliefen die intellektuellen und künstlerischen Deutungskulturen eine tiefgreifende Transformation. Die zwei Jahrzehnte vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs gelten als Epoche des Durchbruchs der Moderne, auf die dann zwischen 1918 und 1933 die „Krisenjahre der klassischen Moderne“ (D.J. Peukert) folgten. Wahrgenommen wurden diese Modernisierungsprozesse vielfach in einer Euphorie des Fortschritts, verknüpft mit imperialen Machtwünschen, andererseits aber auch als dramatische Bedrohung von Statusansprüchen, altgewohnten Gewissheiten, der vertrauten räumlichen Umwelt wie der eigenen kulturellen Milieus. Die Deutungsspezialisten reagierten darauf teils mit neuen Formen optimistischer Zukunftsaneignung, teils mit politisch-gesellschaftlicher und weltanschaulicher Verunsicherung und mit Entwürfen einer alternativen Moderne.

In der Perspektive einer politischen Kulturgeschichte erweist sich dabei die Zäsur um die Jahrhundertwende als so tiefgreifend, dass eine Periodisierung mit einem „kurzen 19. Jahrhundert“, das mit der Jahrhundertwende endet, näher liegt als das Fortschreiben des Konzepts vom „langen 19. Jahrhundert“, das sich an der politischen Geschichte orientiert. Selbstverständlich bleibt der Erste Weltkrieg auch aus dieser Sicht die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“, die insbesondere in Deutschland die weitreichendsten Rückwirkungen auf das politische System, aber auch auf die lebensprägenden Grundorientierungen hatte. Gleichwohl – blickt man auf die fundamentalanthropologischen Kategorien, mit denen sich diese Grundorientierungen erschließen lassen – wie etwa die Orientierung in der Zeit und im Raum, das Verhältnis der Menschen zu ihrem eigenen Körper, ihrer Geschlechtlichkeit und ihren Emotionen, und das Verhältnis zur Gewalt und auf das Verhältnis zu den Ordnungen, in denen sich die Einzelnen bewegen, von denen ihr Verhalten und Handeln geprägt wird und auf die sie ihrerseits zurückwirken, so setzen viele Transformationen, die für die 20er und 30er Jahre prägend geworden sind, schon um die Jahrhundertwende ein. Der Krieg verstärkte sie oder gab ihnen eine andere Richtung, er gestaltet als Krieg – und also als lang anhaltender Gewaltexzess – die Vorstellungen über die legitimen Formen von Konflikt, austrag und Politik um, er verändert die zuvor gültigen Maßstäbe von Humanität und Inhumanität. Aber gerade wenn man sich klarmacht, wie tief einschneidend die unmittelbare und vermittelte Kriegserfahrung gewesen ist, fällt die (zum Teil durchaus sanfte) Wucht ins Auge, mit der trotz oder gerade angesichts einer zunehmenden materiellen Entlastung der Menschen durch

Wirtschaftswachstum und anhaltende Hochkonjunktur die elementare Verunsicherung und die Reaktionen darauf in der Suche nach Neuem wie in der Verhärtung im Alten seit der Jahrhundertwende Platz griffen.

Analog könnte man nun Argumente vorbringen, die die gängige Zäsur von 1933 in der Perspektive der politischen Kulturgeschichte ein Stück weit suspendieren. Für die Zwecke der Tagung, die der vorliegenden Publikation zugrunde lag, erschien es allerdings sinnvoll, sich zumindest grundsätzlich an die – pragmatisch gehandhabte – geläufige Periodisierung mit 1933 als Ende des Untersuchungszeitraums zu halten. Das Gefühl einer umfassenden Krise, das von großen Teilen der Bevölkerung wie von den Deutungsspezialisten insbesondere seit 1918 geteilt und in den verschiedensten Formen zum Ausdruck gebracht wurde, verlor sich seit der Machtübernahme Adolf Hitlers und der Etablierung des NS-Regimes entweder sehr rasch, oder es wurde mit denen, die es artikulierten, gewaltsam unterdrückt. Nach wie vor befanden sich die Ordnungen in der Krise, aber diese Krisen wurden jetzt systematisch gemanagt, geleugnet, in aktivistische Programme überführt und vor allem vom Postulat einer absoluten Ordnung überwölbt, zu deren Durchsetzung die neuen Machthaber ein zum Teil erstaunlich differenziertes, in der skrupellosen Anwendung jedenfalls höchst erfolgreiches Instrumentarium entwickelten.

Wenn in den folgenden Beiträgen häufig von „Krise“ die Rede ist, so muss zwischen realen Krisenprozessen wie etwa den ökonomischen und politischen Ereignissen des „Krisenjahres“ 1923, den Ereignissen und Folgen der „Weltwirtschaftskrise“ seit 1929, oder, auf der Deutungsebene, der Krise etwa von Geschichtsdenken und Theologie auf der einen Seite, der Krisensemantik und ihrer eigenen strukturellen und rhetorischen Logik auf der anderen Seite unterschieden werden. Die Allgegenwart des Redens von „Krise“ zwischen 1918 und 1933, aber auch schon in den beiden Jahrzehnten vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, spiegelt nicht einfach nur faktische Krisen und deren Wahrnehmung wider, sie reflektiert vielmehr ein Wahrnehmungs- und Deutungsmuster, das sich vielfach verselbständigte und gerade in seiner rhetorischen und argumentativen Funktion für die Selbstwahrnehmung und politisch-gesellschaftlich-kulturelle Ortsbestimmung wichtiger Gruppen der deutschen Gesellschaft überaus aufschlussreich ist. Die Beiträge des Sammelbands sprechen von „Krise“ in beiden hier angesprochenen Bedeutungen und halten gerade damit die spannungsreiche Differenz, aber auch den inneren Zusammenhang von realen, materiellen und kulturellen Existenzbedingungen und ihren intellektuellen Ausdeutungen offen. Die kulturellen Sinnssysteme und die Handlungen sind ineinander verwoben und beeinflussen sich gegenseitig. Eben diese Verwobenheit will die politische Kulturgeschichte artikulieren und ihre Erkenntnischancen nutzen. Dass die Krise von Ordnungsvorstellungen und der Rekurs auf das Ideal einer absoluten Ordnung in

einem dialektischen Verhältnis zueinander stehen (freilich nur solange, als der absoluten Ordnung nicht gewaltsam zur Herrschaft verholfen ist), ist im Ganzen offenkundig, muss aber im Einzelnen von den jeweils unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, Akteuren, Zielsetzungen und Ergebnissen her differenzierend rekonstruiert werden.

Raum und Zeit sind die jeweils fundamentalsten Determinanten sozialer Existenz in historisch konkreten Lebenswelten. Seit der Industrialisierung, der Urbanisierung und den dadurch bedingten Wanderungsbewegungen einerseits, den daraus folgenden Umschichtungen in den politischen Ansprüchen und Mitwirkungsrechten andererseits, erfuhren viele Menschen ihre räumliche Umwelt als gefährdet oder gefährdend, versuchten, ihren Platz in ihr neu zu bestimmen und kulturelle und politische Handlungsrezepte dafür zu gewinnen. Seit der Kriegsniederlage von 1918 und den territorialen Verlusten des Deutschen Reiches gewann das Denken über das Verhältnis des Menschen zu dem ihn umgebenden Raum auch aus territorial- und nationalpolitischen Gründen eine ganz neuartige Rasanz und Brisanz. *Thomas Rohkrämer* zeigt, unter welchen Bedingungen sich Natur- und Heimatschutz in den verschiedenen Ländern des Deutschen Reiches entfaltete, wie und warum er politisch von ganz rechts bis links anschlussfähig war und wie es zur völkischen Überformung des Heimatschutzes kam. *Willi Oberkrome* vertritt gegenüber dem gängigen Narrativ von einer nahtlosen Fortsetzung und Steigerung heimatideologischer Vorstellungen nach 1933 die These, dass die Heimatschützer im nationalsozialistischen System an Einfluss eher verloren, weil in den sich überschneidenden Kompetenzen des NS-Regimes eine klare Zuständigkeit für Volkstums- und Kulturpolitik verloren ging, die Breitenwirksamkeit der Heimat- und Stammesideologie noch einmal nachließ und weil sich schließlich der ausgreifende imperiale Rassismus des Regimes über die regionale Orientierung der Heimatschützer hinwegsetzte. *Vanessa Conze* arbeitet heraus, wie sich gerade die Erfahrung von politischem Machtverlust und Demütigung durch die Niederlage so verschärfte, dass sich Grenzfragen als nationale Identitätsfragen darstellten und dass sich insgesamt ein Grenzdiskurs etablierte, der auf die Delegitimierung der Grenzen des Versailler Vertrags zielte. Dabei entwertete der Diskurs die herkömmliche Vorstellung von nationaler Territorialität; die Idee internationaler Zusammenarbeit verlor in der deutschen politischen Kultur zu Gunsten vielfach irrealer alternativer Grenzvorstellungen entschieden an Rückhalt. *Dirk van Laak* schließlich kann zeigen, wie gerade nach 1918 die Verfechter einer Wiederherstellung deutscher Kolonialherrschaft Afrika als Projektions- und als notwendigen ökonomischen und demographischen Ergänzungsraum konzipierten – nicht zuletzt als Folge eines wiederum auf die Grenzziehungen des Versailler Vertrags zurückgeführten klaustrophoben Bedrohungsgefühls.

Der Zeithorizont der Weimarer Bürger hingegen scheint, so jedenfalls die Befunde und Argumente von *Peter Fritzsche* und *Rüdiger Graf*, viel weniger verfinstert gewesen zu sein, als die Katastrophenrhetorik der konservativen Revolutionäre vermuten lässt. Kein Zweifel – die Gegenwart erschien als düster. Aber mittel- und langfristig dominierte ein Selbstbehauptungswille, der notwendigerweise auf eine Besserung der aktuellen Notlage setzte. Allerdings gab es hierbei erhebliche Unterschiede. Republikanhänger verwiesen auf Mühe und Arbeit als notwendige Tugenden für eine bessere, gleichwohl realistisch eingeschätzte nationale Zukunft, die radikalen Parteien links und rechts hingegen verkürzten die Zeitperspektive und gewannen gegen Ende der Republik gerade mit der Vision einer sozialen oder nationalen Revolution Resonanz, die alles vermeintlich Störende beiseite fegen würde. Die Grundlage der Kommunikation, so Graf, blieb ein Gestaltungsoptimismus, für den Fritzsche zeigt, dass er sich auch auf das Subjekt „Nation“ bezog und auf der Seite der radikalen Rechten das Modell des gestählten Athleten und Arbeiters entwarf. Indessen litten viele unter der Erfahrung, dass die Zeitsemantiken der Moderne vielfältig und widersprüchlich waren. Der Verlust von „Ordnung“ wurde auch, wie *Martin Geyer* zeigt, als Verlust einer gemeinsamen sozialen Zeit – oder anders – als fundamentale Ungleichzeitigkeit innerhalb der Gesellschaft erlebt. Die Antwort darauf konnte die Suche nach einer Vergemeinschaftung durch gleichzeitige Emotionen sein, wie sie die Idee der „Volksgemeinschaft“ zu versprechen schien. Vergemeinschaftung bedeutete, wie Geyer zeigt, gerade auch Vergemeinschaftung in gemeinsamer Zeit, und wenn es sie im NS-System real so wenig gab wie zuvor, so wurde sie doch von den Nationalsozialisten permanent inszeniert.

Während die Politisierung von Raum und Zeit schon vor 1914 in neue Dimensionen vorstieß, stellte der Erste Weltkrieg selbstverständlich für die Körpererfahrung, die immer an den Körper gebundene Emotionalität und die Deutung der Geschlechterrollen einen entscheidenden Einschnitt dar. Dass die Geschlechterordnung des bürgerlichen Zeitalters schon seit der Jahrhundertwende in die Krise geriet, ist seit langem unstrittig. Im konservativen Denken wurde sie als Symptom für eine durchgängige Entmännlichung interpretiert, der am besten durch das Stahlbad eines Krieges begegnet werden könne (*Ute Planert*). Wurde so der Krieg als Krisenlösung für die fundamental-anthropologische Frage der Geschlechterbeziehungen gerechtfertigt, so bewirkte er zunächst tatsächlich vor allem eine Ausweitung und Intensivierung weiblicher Politisierung. Ute Planert zeigt, wie die Rechte darauf mit einer neuen Vermännlichungsrhetorik reagierte, die den Kult des Kriegerisch-Maskulinen im Dritten Reich unmittelbar vorbereitete. Als Strategien der Vermännlichung diente auch das, was seit dem Ersten Weltkrieg als „deutscher Humor“ (*Martina Kessel*) galt. Er präsentierte auf eher unsubtile, aber mit Gelächter aufgenommene, Weise Gewalt als Ordnungsangebot, das

gerade in der SA alle diejenigen systematisch ausschloss, die dann nicht mehr der NS-„Volksgemeinschaft“ angehörten. Martina Kessel weist die traurige Kontinuität dieses „deutschen Humors“ zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg nach und trägt damit nicht nur zu einem besseren Verständnis des „deutschen Manns“ sondern auch auf die Situation der deutschen Frau in diesem Zeitraum bei. Viele Frauen waren indessen in der Weimarer Republik nicht so defensiv, wie es die Perspektive von rechts her nahe legen könnte. *Kathleen Canning* zeichnet vor dem Hintergrund der Frauenbewegung im frühen 20. Jahrhundert die tatsächliche Durchsetzung neuer Gleichheitsansprüche der Frauen sowohl in der politischen Verfassung wie in der Konsumkultur 1918–1933 nach.

Die Konsumkultur erschien den bildungsbürgerlichen und rechtsintellektuellen Kritikern der Massengesellschaft als Anfang vom Ende der unverwechselbaren, scharf umrissenen individuellen Persönlichkeit. Doch machen die Beiträge von *Per Leo*, *Moritz Föllmer* und *Daniel Siemens* die ideologisch-defensive Fundierung des ganzen „Massen“-diskurses deutlich und argumentieren dafür, diesen Diskurs endlich wirklich zu historisieren. Die Jahre zwischen 1900 und 1933 sind nicht wirklich eine Krisengeschichte der Individualität (Moritz Föllmer), eher zeigt sich in ihnen das Bestreben, persönliche Selbstbestimmung unter den Bedingungen der modernen Lebensformen und der Konsumgesellschaft neu zu bestimmen und vielfach durchaus offensiv zu vertreten. Föllmer trägt zur Erklärung für die tiefe Verwurzelung des NS-Systems in der deutschen Gesellschaft bei, indem er zeigt, dass sich auch nach 1933 aufrechterhaltene Ansprüche auf persönliche Lebensgestaltung und NS-Herrschaftssystem keineswegs radikal ausschlossen. Per Leo analysiert, wie herausragende Intellektuelle der 20er Jahre zwar die semantische Opposition von Individuum und Masse nicht einfach über Bord warfen, aber doch Individuum und Masse keineswegs als sich ausschließende Formen des Menschseins interpretierten. Individualität, so Leo, löste sich in der Masse nicht einfach auf, andererseits wurde Masse nicht per se als irrational und Ort systematischen Ich-Verlusts zu verstehen. Die von Leo analysierten Texte von Karl Jaspers und Ernst Jünger finden einen Ausweg aus der bloßen Dichotomie, von Individuum und Masse, indem sie dem Einzelnen als Reaktion auf die Existenz in der Masse gesteigerte Selbsterfahrung und gesteigerte Aufmerksamkeit nahe legen. Zudem wurde der Kategorie des Sichtbaren die Potenz zugewiesen, die Erkenntnis von Besonderheit zu ermöglichen. Von dieser Sichtbarkeit des Besonderen hin zur Typisierung des Auszuschließenden ist dann freilich nur ein kurzer Weg.

*Daniel Siemens* schließlich zeigt, wie in den Gerichtsreportagen der liberaldemokratischen Presse Berlins in den 20er Jahren die überlieferten Vorstellungen von individueller Schuld und Verantwortung angesichts der Heterogenität von Menschen- und Gesellschaftsbildern in der pluralisierten und

demokratisierten Gesellschaft nicht verschwanden, aber fraglicher wurden, wie die Gerichtsreporter dazu tendierten, den einzelnen Täter von individueller Schuld zu Gunsten der Gewichtung von sozialer Umwelt und familiärem Erbe zu entlasten, ohne dabei die liberale Vorstellung von der ordnungspolitischen Kraft der Justiz in Frage zu stellen. Eben damit, so Siemens, geriet die fortschrittliche Gerichtsreportage gegenüber einem rechten Radikalismus in die Defensive, der auf die vermeintliche moralische Krise der Gesellschaft mit dem Verzicht auf jede Nachsicht zu reagieren empfahl.

Geschlechterrollen profilierten sich seit Ausbruch des Ersten Weltkriegs naturgemäß verstärkt durch die im Krieg universell gewordene männliche Gewaltausübung. Der Beitrag von *Thomas Hippler* macht indessen deutlich, dass die Radikalisierung der militärischen Auseinandersetzung durch den Luftkrieg nicht erst das Ergebnis von Kriegsführung im Ersten Weltkrieg oder in den Kriegen des 19. Jahrhunderts ist, die bereits den Weg zum totalen Krieg anbahnten (Krim-Krieg, Amerikanischer Bürgerkrieg, Deutsch-Französischer Krieg), sondern dass in die Geschichte dieser Radikalisierung die koloniale Auseinandersetzung wesentlich hineingehört. Der Bombenkrieg begann prinzipiell 1911, als italienische Piloten die ersten Bomben auf libysche Dörfer warfen. Entstanden in der europäischen Expansion gegen das nichteuropäische „Andere“, ermöglichte die Luftkriegsstrategie zunehmend, die ökonomischen Ressourcen und den politischen und sozialen Zusammenhalt des Feindes zu zerstören und gewann schon deshalb an Attraktivität, weil er Möglichkeiten bereitstellte, den Stellungskrieg zu vermeiden. Die Verwischung der Grenze zwischen Militärischem und Nichtmilitärischem vollzog sich aber auch in der politischen Auseinandersetzung mit der Gewaltpolitik der extremen Parteien am Ende der Weimarer Republik. *Sven Reichardt* behandelt die Verabsolutierung des Freund-Feindgegensatzes, wägt die Vor- und Nachteile von totalitarismus- und faschismustheoretischen Konzepten bei der Analyse dieser Gewaltpolitik ab, sieht die Termini mehr als komplementär denn als sich ausschließende Konkurrenzbegriffe und präzisiert mit dem offenen Instrumentarium Ursachen und Erscheinungsformen des von der SA kultivierten nationalistischen Militarismus. Wie sehr die Kriegserfahrung das Bedürfnis stärkte, die Geschlechterpolarität zu vertiefen, zeigt auch *Martin Baumeister* an der Verarbeitung des Krieges in der theatralischen Kriegsdarstellung der Weimarer Republik. Gerade als gegen Ende der 20er Jahre das Bild vom äußeren Feind eher verblasste, zielten die Versuche, dem Krieg doch einen Sinn zu verleihen, vor allem darauf ab, die beschädigte Männlichkeit wieder herzustellen. Selbst ein von einer weiblichen Autorin verfasstes und kurzfristig erfolgreiches kriegskritisches Drama stellt Männer und Frauen am Ende als Feinde gegenüber.

Für die Perspektive einer politischen Kulturgeschichte spielt die Frage nach der medialen Vermittlung von Ideen, Mentalitäten und politischen Ab-

sichten eine zentrale Rolle. *Doris Kaufmann* fragt nach dem Deutungsmodell des „Primitivismus“, das sich als Antwort auf die Erfahrung einer Krise der Moderne sowohl in den Kulturwissenschaften wie in der Medizin wie in anderen Disziplinen fächerübergreifend etablierte. Es verknüpfte ein spezifisch modernes Erkenntnisinteresse mit einem zeitlichen Entwicklungsmodell, das „frühe“ Bewusstseinsstrukturen mit Formen einer derangierten modernen Subjektivität zusammendachte. Kaufmann zeigt, dass eine ideologiekritische Bewertung des Primitivismus-Modells zu kurz greift, sowohl wenn es um die Eigenart des Ästhetischen wie wenn es um die Eigenart des Pathologischen geht und dass es ihm prinzipiell um eine durchaus innovative Ganzheitserkenntnis geht. *Jost Philipp Klenner* untersucht, wie der Kulturhistoriker Aby Warburg, ausgehend von Beobachtungen zu Mussolini und seiner Propaganda, die Performanz als Strukturmerkmal seiner Gegenwart entdeckt und seine bildwissenschaftliche Methode als ein Stück „Geistespolitik“ (Warburg) konzipiert, das die ikonographischen Kunststücke der mussolinischen Bildpropaganda subversiv entlarven soll. *Bernd Roeck* diskutiert am Beispiel des Kunstkritikers Wilhelm Uhde das breite Spektrum und die prinzipielle Offenheit der ästhetischen Urteilskriterien im deutschen Bildungsbürgertum des Kaiserreichs. *Alexander Schug* hebt die Bedeutung der Werbung für die Neuorientierung ästhetischer Normen im Aufstieg der ehemals „niederer Künste“ des Designs hervor und untersucht, wie die Werbeästhetik schon seit Beginn des Jahrhunderts die Ästhetik der traditionellen bürgerlichen Hochkultur zu unterlaufen begann. Dieser Prozess bezieht seine politische Pointe nicht zuletzt daraus, dass die Bildpropaganda der NSDAP bei der Stilisierung des Hitler-Mythos gerade diese kommerziellen Strategien systematisch nutzte. Und *Thomas Mergel* stellt der liberalen politischen Kultur des Bürgertums mit ihren auf vernünftige Überzeugung setzenden Methoden gerade die ästhetischen Qualitäten der kommerziellen Werber gegenüber und erklärt das Scheitern bürgerlich-liberaler Politik in der Weimarer Republik ein Stück weit auch aus ihrem bildpropagandistischen Traditionalismus.

Insgesamt zeigen die Beiträge, dass eine moderne Kulturgeschichte keineswegs primär antiquarisch orientiert ist, dass die polemische Gegenüberstellung von Kulturgeschichte und politischer Geschichte obsolet geworden ist, dass die Arbeit mit Theorien zum selbstverständlichen Handwerkszeug kulturgeschichtlicher Arbeit gehört und dass eine moderne politische Kulturgeschichte in einer Weise den Bogen von der mikrologischen Untersuchung zu den weitreichenden und tiefgreifenden Strukturen und Prozessen schlagen kann, die die historischen Erkenntnismöglichkeiten zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert wesentlich erweitert.



I.  
Menschen und ihr Raum:  
Grenzraum, Naturraum, kolonialer Raum



# „Unverheilte Brandwunden in der Außenhaut des Volkskörpers“<sup>1)</sup>

## Der deutsche Grenz-Diskurs der Zwischenkriegszeit (1919–1939)

Von *Vanessa Conze*

Das Ende des Ersten Weltkrieges brachte für das Deutsche Reich den Verlust von 70 000 km<sup>2</sup> Land und ca. 7,3 Millionen Einwohnern. Durch die in den Pariser Vorortverträgen festgelegten Grenzveränderungen gingen Elsaß-Lothringen, Danzig, das Memelland, Westpreußen und das Hultschiner Ländchen sowie die Kolonien verloren. Nach (teils manipulierten) Abstimmungen gehörte Eupen-Malmedy fortan zu Belgien, Nord-Schleswig zu Dänemark, Teile Oberschlesiens zu Polen. Nach einem mit weitausgreifenden territorialen Ambitionen geführten Krieg bedeuteten diese Grenzkorrekturen für beinahe alle Deutschen eine kaum zu akzeptierende Schmach, und so haben nur wenige außenpolitische Themen die deutsche Politik und die deutsche Öffentlichkeit in der Zwischenkriegszeit in solchem Maße beschäftigt. In Grenzfragen schienen sich alle Folgen der Niederlage zu spiegeln: (außen-)politischer Machtverlust, Demütigung durch die ehemaligen Kriegsgegner, wirtschaftliche und militärische Schwächung. Da man die (territorialen) Regelungen des Versailler Vertrages als ungerecht empfand, war (territorialer) Revisionismus, die Veränderung der neu gezogenen Grenzverläufe, das Ziel aller politischen Parteien und einhellige Forderung der öffentlichen Meinung.<sup>2)</sup> Der politische Kampf um die „verlorenen“ Gebiete, der Kampf um veränderte Grenzen wurde zwar von unterschiedlichen politischen Parteien, Gruppierungen und in der Öffentlichkeit auf je unterschiedliche Weise geführt, und auch der jeweils angestrebte Grad des territorialen Revisionismus konnte sich erheblich voneinander unterscheiden. In der Überzeugung jedoch, dass Deutschland seit 1919 ein „verstümelter, aus tausend Wunden blutender Körper“ geworden sei,<sup>3)</sup> den es zu heilen galt, war man sich über

<sup>1)</sup> Karl *Haushofer*: Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung, Berlin 1927, S. XIV.

<sup>2)</sup> Zum „Revisions-Syndrom“ siehe: Michael *Salewski*: Das Weimarer Revisionssyndrom, in: *ApuZ* B2/80, 12.1.1980, S. 14–25; vgl. auch: Hagen *Schulze*: Versailles, in: Etienne *François*/Hagen *Schulze* (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, S. 407–421, insb. S. 414–421.

<sup>3)</sup> Die Anlehnung an die Kriegsversehrten-Metaphorik ist im Zusammenhang mit Grenzdebatten kaum übersehbar: Wie die deutschen Soldaten versehrt aus dem Krieg heimkehrten, so war auch der deutsche Volkskörper versehrt. Dass die Metaphorik des Versehrten indes auch immer auf eine bessere Zukunft hinzielte, zeigen nicht nur die Debatten um territoria-

(fast) alle politischen Gräben und Klassenschranken hinweg einig. So entfaltete sich um Deutschlands Grenzen in der Zwischenkriegszeit ein umfassender Diskurs. Die Flut der Publikationen zu Grenzfragen ist kaum überschaubar: Wissenschaftliche Abhandlungen verschiedenster Disziplinen bemühten sich, vermeintlich unanfechtbare – weil wissenschaftlich legitimierte – Argumente für „ideale“ (sprich: veränderte) Grenzen zu liefern. Pseudowissenschaftliche Schmähschriften, Romane und Erzählungen erschienen in Massen und die Printmedien berichteten immer wieder über die deutschen Grenzprobleme.

Auf die zentrale Bedeutung von Grenzen (und die mit ihnen verbundene Abgrenzung vom „Fremden“) für die nationale Identitätsbildung wurde durch die Forschung in den letzten Jahre immer wieder verwiesen.<sup>4)</sup> Im Zuge der Nationalstaatsbildung des 19. Jahrhunderts waren es vor allem die nationalen Grenzen, die im Zentrum der Diskussion standen. Diese fanden in der Frankfurter Nationalversammlung ihren ersten Höhepunkt,<sup>5)</sup> wurden aber auch in späteren Jahrzehnten mit großem Einsatz von Politikern, Publizisten und Wissenschaftlern geführt.<sup>6)</sup> Selbst die Reichsgründung setzte diesem Bedürfnis, die eigene Identität durch die Abgrenzung von den europäischen Nachbarn zu stärken, kein Ende: Grenzen wurden zum Teil des nationalen Mythos.<sup>7)</sup> Diese stets potentiell expansive Entwicklung verstärkte sich im Ersten Weltkrieg und vor allem nach Bekanntwerden der territorialen Regelungen

le Grenzen, die es zu verändern galt, um den Volkskörper zu heilen, sondern auch die Debatten um die Kriegsinvaliden. Vgl. Sabine Kienitz: Beschädigte Helden. Zur Politisierung des kriegsinvaliden Soldatenkörpers in der Weimarer Republik, in: Jost Dülffer/Gerd Krummeich (Hrsg.): Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918, Essen 2002, S. 199–214. Zum Bild der Nation als „Körper“ grundsätzlich vgl. auch: Svenja Goltermann: Körper der Nation. Habitusformierung und die Politik des Turnens 1860–1890, Göttingen 1998.

<sup>4)</sup> In Auswahl: Wilfried Heller: Grenzen und ihre Erforschung. Gegenstände, Fragestellungen, Zielsetzungen, in: Irene Diekmann/Peter Krüger/Julius H. Schoeps (Hrsg.): Geopolitik. Grenzgänge im Zeitgeist, 2 Bde., Potsdam 2000, S. 325–350; Hans Medick: Zur politischen Sozialgeschichte der Grenzen in der Neuzeit Europas, in: Sowi. Sozialwissenschaftliche Informationen 20/1991, S. 157–163; Daniel Nordman: Des limites d'Etat aux frontières nationales, in: Les lieux de mémoire, sous la direction de Pierre Nora, Bd. II: La nation, Paris 1986, S. 35–61; Jürgen Osterhammel: Die Wiederkehr des Raumes. Geopolitik, Geohistoire und historische Geographie, in: NPL 45/1998, S. 374–397; Peter Weichhart: Territorialität, Identität und Grenzerfahrung, in: Peter Haslinger (Hrsg.): Grenze im Kopf. Beiträge zur Geschichte der Grenze in Ostmitteleuropa, Frankfurt a.M. 1999, S. 19–30.

<sup>5)</sup> Manfred Kittel: Abschied vom Völkerfrühling? National- und außenpolitische Vorstellungen im constitutionellen Liberalismus 1848/49, in: HZ 275/2002, S. 333–383; Günter Wollstein: Das Großdeutschland der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Düsseldorf 1977.

<sup>6)</sup> Vgl. z.B. zu den geographischen Diskussionen: Hans Dietrich Schultz: Deutschlands ‚natürliche Grenzen‘, ‚Mittellage‘ und ‚Mitteleuropa‘ in der Diskussion der Geographen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts, in: GG 15/1989, S. 248–281.

<sup>7)</sup> Peter Krüger: Der Wandel der Funktion von Grenzen im internationalen System Ostmitteleuropas im 20. Jahrhundert, in: Hans Lemberg (Hrsg.): Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Aktuelle Forschungsprobleme, Marburg 2000, S. 39–56.

des Versailler Vertrages erheblich und prägte die Zwischenkriegszeit. Ein regelrechtes „Grenz-Syndrom“ formierte sich, welches Grenzen zu einem der zentralen Themen in der politischen Öffentlichkeit werden ließ und damit die politische Kultur der Zwischenkriegszeit prägen sollte.

Neben dieser eminenten Bedeutung von Grenzen für die Nation sind Grenzen aber gleichzeitig auch Teil der internationalen Ordnung: Nur „gut geregelte“ Grenzen, Grenzen, die unstrittig und mit Zustimmung aller beteiligten Staaten klar festgelegt sind, fördern das friedliche Zusammenleben der Staaten. Um sie zu sichern, bedarf es „eines weitreichenden internationalen Einvernehmens, also eines gut geordneten Staatensystems“.<sup>8)</sup> In der Zwischenkriegszeit war jene Bedingung gerade nicht gegeben: Die (durch die Nationalstaatsbildungen in Ostmitteleuropa gegenüber der Landkarte Europas von 1914 enorm vervielfältigten) Grenzen des Versailler Systems wurden zu dem Instabilitätsfaktor für das europäische System der Zwischenkriegszeit schlechthin. Gleichzeitig wurden sie zum nationalistischen Sprengsatz innerhalb nationaler Gesellschaften. Grenzen hatten somit immense Rückwirkungen sowohl auf internationale wie auf nationale Stabilität und stehen an der Schnittstelle zwischen Internationalem System und nationaler Gesellschaft.

Trotz der enormen Bedeutung, die Grenzfragen für die Zwischenkriegszeit (und darüber hinaus) hatten, fehlt bisher eine systematische Analyse in diesem „ganzheitlichen“, nationale wie internationale Ebene betrachtenden Verständnis. Die intensiven Forschungen zur Geschichte der Weimarer Republik und den sogenannten „Friedensjahren“ des „Dritten Reiches“ hat Grenzfragen natürlich thematisiert, wobei sich die vorliegende Literatur in zwei Gruppen unterteilen lässt: Entweder findet man klassisch außenpolitikgeschichtliche Arbeiten, die Grenzfragen vor allem im Regierungshandeln (oder aber im Agieren regierungsnaher Lobbygruppen) und im Hinblick auf die internationalen Spannungen der zwanziger und dreißiger Jahre thematisieren, dabei aber gesellschaftliche Zusammenhänge und Rückwirkungen dieser Grenzdebatten außer Acht lassen.<sup>9)</sup> Andererseits liegen Arbeiten vor, die sich eher kultur-, ideen- oder wissenschaftsgeschichtlich orientiert der „Raumfiktur“ der deutschen Gesellschaft – häufig mit einem Schwerpunkt auf

<sup>8)</sup> Krüger: Der Wandel der Funktion von Grenzen, S. 39.

<sup>9)</sup> Dabei gilt es zu bemerken, dass selbst auf dieser klassisch außenpolitikgeschichtlichen Ebene eine systematisierende Darstellung der Grenzkonflikte in der Zwischenkriegszeit bisher fehlt. In Ansätzen: Marc Lengereau: Les frontières allemandes (1919–1989). Frontières d'Allemagne et en Allemagne. Aspects territoriaux de la question allemande, Bern 1990. Neben den allgemeinen Darstellungen zur Weimarer Außenpolitik vgl. zu speziellen Grenzfragen in Auswahl: Christian Baechler: Stresemann, Locarno et la frontière rhénane en 1925, in: Ders./Carole Fink (Hrsg.): L'Etablissement des frontières en Europe après les deux guerres mondiales, Bern u.a., S. 181–198; Manfred J. Enssle: Stresemann's territorial revisionism. Germany, Belgium, and the Eupen-Malmedy Question 1919–1929, Wiesbaden 1980; Michael-Olaf Maxelon: Stresemann und Frankreich 1914–1929. Deutsche Politik der Ost-West-Balance, Düsseldorf 1972; Bastian Schor: Stresemann, der Deutsche Osten und der Völkerbund, Wiesbaden 1984.

dem Raumdenken in den Human- und Geisteswissenschaften – zuwenden.<sup>10)</sup> Diese Studien fragen meist nach dem Anteil der wissenschaftlichen Vorbereitung von rassistischer Vernichtungspolitik, außenpolitische Aspekte bleiben demgegenüber weitgehend unberücksichtigt. Diese unterschiedlichen Komplexe von innerer und äußerer Ordnung zusammenzubinden und damit die Verknüpfung verschiedener gesellschaftlicher Bereiche aufzuzeigen, dazu will der vorliegende Beitrag anregen. Damit gerät ein Aspekt politischer Kultur der Zwischenkriegszeit in den Blick, der bisher kaum fokussiert wurde: Denn *außen*-politische Kultur, verstanden als die Art und Weise, wie in Politik und Öffentlichkeit über außenpolitische Fragen gestritten wird, welche Argumentationsmuster den Diskurs konstituieren, hat bisher nur wenig Aufmerksamkeit (im Vergleich mit der Analyse „klassischer“ Elemente politischer Kulturforschung wie Wahlkämpfe oder Gedenktage usw.) gefunden.<sup>11)</sup> Und die Rückwirkung der Problemlagen des internationalen Systems der Zwischenkriegszeit auf die politische Kultur in Deutschland blieben bisher mehr oder weniger unberücksichtigt, was sicherlich nicht zuletzt mit der in der deutschen Forschungstradition lange praktizierten Trennung zwischen Diplomatie- und Außenpolitikgeschichte einerseits und eher sozial- oder kulturwissenschaftlichen Ansätzen andererseits zusammenhängt. Die alte Frage nach dem „Primat“ der Innen- oder der Außenpolitik scheint mittlerweile überwunden,<sup>12)</sup> doch eine „kulturwissenschaftliche“ Erweiterung der Geschichte der Internationalen Beziehungen steht noch in den Anfängen. Gerade aber ein Thema wie die deutschen Grenzdebatten der Zwischenkriegszeit zeigt, in welchem Maße Innen- und Außenpolitik, Politik und Gesellschaft, nationales und internationales System zusammenhängen und die

<sup>10)</sup> Vgl. etwa: Frank *Ebeling*: Geopolitik. Karl Haushofer und seine Raumwissenschaft 1919–1945, Berlin 1994; Werner *Köster*: Die Rede über den „Raum“. Zur semantischen Karriere eines deutschen Konzepts, Heidelberg 2002; Michel *Korinman*: Quand l'Allemagne pensait le monde. Grandeur et décadence d'une géopolitique, Paris 1990; Mechthild *Rössler*: „Wissenschaft und Lebensraum“. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplinengeschichte der Geographie, Berlin/Hamburg 1990. Vgl. auch das GG-Heft „Mental Maps“, insb.: Hans-Dietrich *Schultz*: Raumkonstrukte der klassischen deutschsprachigen Geographie des 19. und 20. Jahrhunderts im Kontext ihrer Zeit. Ein Überblick, in: GG 28/2002, S. 343–377. Auf die umfangreichen Neuerscheinungen der letzten Jahre zum Thema „Volks- und Kulturbodenforschung“ wird weiter unten einzugehen sein.

<sup>11)</sup> Eine der wenigen Ausnahmen: Klaus *Megerle*: Element nationaler Integration und politischer Konsensstiftung? Zum Stellenwert der Außenpolitik für die politische Kultur der Weimarer Republik, in: Detlef *Lehnert*/Klaus *Megerle* (Hrsg.): Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. S. 219–249; Sabine *Zimmer*: Elemente deutscher Politischer Kultur im Kaiserreich, in der Zeit des I. Weltkriegs, in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Tübingen 1995, geht äußerst knapp auf den Einfluss „außersystemischer Einflussfaktoren“ ein. Vgl. ebd. S. 212–216, 418–421.

<sup>12)</sup> Eckart *Conze*: Zwischen Staatenwelt und Gesellschaftswelt. Die gesellschaftliche Dimension in der Internationalen Geschichte, in: Wilfried *Loth*/Jürgen *Osterhammel* (Hrsg.): Internationale Geschichte: Themen – Ergebnisse – Aussichten, München 2000, S. 117–140.

politische Kultur eines Landes prägen: „Grenzfragen“ stellten gewissermaßen ein „Scharnier“ dar, das das internationale System, die deutsche Politik und die deutsche Öffentlichkeit zusammenband.<sup>13)</sup>

Der Text gliedert sich in drei Teile. Der erste Teil wendet sich der Außenpolitik der zwanziger Jahre zu, um sie daraufhin zu befragen, wie hier mit spezifischen Grenzproblemen, vor allem aber mit „Grenzen“ im allgemeinen umgegangen wurde. Nur langsam gelang es den Reichsregierungen im Verlauf der zwanziger Jahre, eine konstruktive Politik im Hinblick auf die angestrebte Revision der durch den Versailler Vertrag festgelegten Grenzen zu entwickeln. Erst im Rahmen der „Verständigungspolitik“ setzte sich dabei in der deutschen Außenpolitik ein neues Grenzverständnis durch. Dieses Verständnis von Grenzen als völkerrechtlich legitimierten Elementen, die das internationale System stabilisierten, verwurzelte sich indes nicht in der Gesellschaft. Stattdessen entwickelte sich – mehr oder weniger abgekoppelt von der Außenpolitik des Reiches – in der deutschen Öffentlichkeit ein „paralleler“ Grenzdiskurs, der Grenzen nach anderen, nicht völkerrechtlichen, Argumenten zu legitimieren versuchte. Der zweite Teil des Textes wird sich diesen alternativen Grenzkonzepten zuwenden, die die Bedeutung völkerrechtlicher Grenzen in der politischen Kultur der Weimarer Republik zunehmend verblasen ließen. Dabei wird ein besonderer Fokus auf wissenschaftlichen Grenzkonzepten liegen, waren es doch gerade die Wissenschaften, die diesen „parallelen“ Grenzdiskurs initiativ mitgestalteten. Der dritte und letzte Teil schließlich nimmt mit den dreißiger Jahren jene Phase in den Blick, in welcher sich der gesellschaftliche Grenzdiskurs und das außenpolitische Handeln annäherten. Die bereits seit den zwanziger Jahren entwickelten alternativen Grenzlegitimationen wurden nun in die Politik übersetzt: Die nationalsozialistische Außenpolitik respektierte die völkerrechtlich legitimierten Grenzen von Versailles nicht mehr, eine nationalistische statt einer multilateralen Politik schien die erhofften Grenzkorrekturen zugunsten des „Großdeutschen Reiches“ garantieren zu können. Doch wurde bald klar, dass die in der Außenpolitik des Deutschen Reiches seit 1933 dominierenden Grenzideen in ihren Zielvorstellungen über eine Revision der Ordnung von 1919 hinausgingen. Ebenso klar wurde damit, dass eine solche außenpolitische Zielvorgabe sich nicht auf friedlichem Wege würde durchsetzen lassen. So sollte 1939 der Krieg neue Grenzen in Europa schaffen, Grenzen, die nicht im internationalen Völkerrecht ihre Legitimation fanden, sondern allein in nationalistischen, rassistischen Paradigmen.

<sup>13)</sup> Zum Begriff des „Scharniers“: Gustav Schmidt: England in der Krise. Grundzüge und Grundlagen der britischen Appeasement-Politik (1930–1937), Opladen 1981, S. 30–47; Ders.: Politisches System und Appeasement-Politik, 1930–1937. Zur Scharnierfunktion der Rüstungspolitik für die britische Innen- und Außenpolitik, in: MGM 26/1979, S. 37–53.

## I.

Der Sturm der Empörung, der ausbrach, als die Bedingungen des Versailler Vertrages im Deutschen Reich bekannt wurden, ist häufig genug beschrieben worden.<sup>14)</sup> Das Entsetzen über das „Schanddiktat“ von Versailles einte die politischen Parteien über alle Lagergrenzen hinweg (dies galt auch für die Weimarer Koalition, die den Vertrag unterzeichnete) ebenso wie die Öffentlichkeit. „Revision“ – das war das Band, das die recht unterschiedlichen Vorstellungen zur deutschen Außenpolitik einte.<sup>15)</sup> Da die Reparationsbestimmungen bis zur Londoner Konferenz 1921 noch nicht festgelegt waren, konzentrierte sich die nationale Empörung über konkrete Vertragsbestimmungen ganz überwiegend auf die territorialen Bestimmungen: den Verlust Elsaß-Lothringens, die Korridor-Regelung, das Anschlussverbot, die Bestimmungen zur Rheinlandbesetzung und zum Saargebiet.

Dabei vermischten sich unmittelbar nach Kriegsende die Klagen über die veränderten deutschen Grenzen grundsätzlich mit jenen über die Gesamtrahmenbedingungen des Friedens, und die deutschen Gebietsverluste wurden in der ersten Zeit nach Friedensschluss immer wieder in den Gesamtkontext des „Schanddiktats“ von Versailles gestellt. Wir finden verhältnismäßig wenige Zeugnisse, die sich ausschließlich mit einzelnen Grenzfragen beschäftigen. Selbst wenn Texte bestimmte territoriale Fragen zum Ausgangspunkt nahmen, so blieben sie doch insgesamt recht unspezifisch. Es ging vor allem darum, das umfassende Unrecht, das man durch Versailles meinte erlitten zu haben, in grellsten Farben zu zeichnen. Die „Amputationen“ am deutschen „Volkskörper“ waren kurz nach dem Krieg nur Teil jener Amputationen, die man dem deutschen Volk insgesamt vermeintlich zugemutet hatte, indem man ihm seine Wirtschaftskraft, seine Militärmacht und seine „Ehre“ raubte. Dabei blieben die heftigen Proteste grundsätzlich und unabhängig von parteipolitischen Verortungen „durchgehend [...] mit einer gewissen Ratlosigkeit behaftet, wenn es um exaktere Angaben über Mittel und Wege [zur Durchsetzung einer Revisionspolitik] ging.“<sup>16)</sup>

Schon bald nach Kriegsende jedoch konkretisierte sich das Nachdenken über die neuen Grenzregelungen deutlich. Nachdem der erste Schock überwunden war, der nur einen Blick auf den Versailler Vertrag als ganzen zugelassen hatte, entwickelte sich in der deutschen Gesellschaft über diesen allgemeinen „Niederlagendiskurs“ der allerersten Nachkriegszeit hinaus ein

<sup>14)</sup> Vgl. z.B.: Andreas *Hillgruber*: Unter dem Schatten von Versailles – Die außenpolitische Belastung der Weimarer Republik. Realität und Perzeption bei den Deutschen, in: Karl Dietrich *Erdmann/Hagen Schulze* (Hrsg.): Weimar. Selbstpreisgabe einer Republik. Eine Bilanz heute, Düsseldorf 1980, S. 51–67.

<sup>15)</sup> *Megerle*: Element nationaler Integration, S. 220; Michael *Salewski*: „Revisionssyndrom“.

<sup>16)</sup> *Krüger*: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 91 f.

spezifischer „Grenzdiskurs“. Nun ging es verstärkt und ausschließlich um konkrete Grenzverläufe, um Versuche, die aktuellen Regelungen zu diskreditieren und veränderte Grenzen zu legitimieren. Er wurde in Politik und Öffentlichkeit ebenso geführt wie in unterschiedlichen Wissenschaften, und er bildete den Ausgangspunkt jener „Grenzmanie“, die die politische Kultur der Zwischenkriegszeit insgesamt auszeichnen sollte.

Entscheidenden Anteil an der Entwicklung dieses spezifischen Grenzdiskurses hatten vor allem jene Bestimmungen des Versailler Vertrages, die in Schleswig-Holstein, Eupen-Malmedy und Unter- und Oberschlesien Volksabstimmungen vorsahen, die über die Zugehörigkeit der Gebiete zum Deutschen Reich entscheiden sollten. Dies eröffnete den Deutschen vermeintlich die Chance, weitere territoriale Verluste zu verhindern. So konzentrierte sich vor allem die Politik darauf, die Abstimmungen vorzubereiten: Das Beispiel Oberschlesiens zeigt, mit welchem finanziellen,<sup>17)</sup> ideologischen und (im Rahmen der Selbstschutzverbände) auch militärischen Einsatz hier um die zukünftige Grenze gestritten wurde.<sup>18)</sup> Dabei leisteten vor allem Wissenschaftler gezielt Zuarbeit.<sup>19)</sup> Gleiches gilt für die Medien, die sich – nicht nur in den Abstimmungsgebieten, sondern auch reichsweit – eine Mobilisierung der öffentlichen Meinung zur Aufgabe machten.<sup>20)</sup> In diesen Aktivitäten finden wir die Grundlagen der „Deutschtumspolitik“ späterer Jahre. Erstmals entwickelte sich hier jene für die zwanziger Jahre typische Doppelstruktur deutscher Außenpolitik:<sup>21)</sup> Einerseits die Politik gegenüber einzelnen Sie-

<sup>17)</sup> Vgl. zur Finanzierung des Abstimmungskampfes: Peter-Christian Witt: Zur Finanzierung des Abstimmungskampfes und der Selbstschutzorganisationen in Oberschlesien 1920–1922, in: MGM 13/1973, S. 59–76.

<sup>18)</sup> Vgl. vor allem die Studie von T. Hunt Tooley: National Identity and Weimar Germany. Upper Silesia and the eastern border 1918–1922, Lincoln u.a. 1997, sowie die neue Arbeit Waldemar Groschs: Deutsche und polnische Propaganda während der Volksabstimmung in Oberschlesien 1919–1921, Dortmund 2003. Siehe auch: F. Gregory Campel: The struggle for Upper Silesia, in: JMH 42/1970, S. 361–385; Peter Nische: Der Reichstag und die Festlegung der deutsch-polnischen Grenze nach dem Ersten Weltkrieg, in: HZ 116/1973, S. 335–361; Harry K. Rosenthal: National Self-Determination. The Example of Upper Silesia, in: JCH 7/1972, S. 231–241. Ähnliches gilt auch für die Volksabstimmung in Schleswig. Vgl.: Jürgen Heuer: Zur politischen, sozialen und ökonomischen Problematik der Volksabstimmungen in Schleswig 1920, Mühlau 1973.

<sup>19)</sup> Vgl. etwa die Karten Albrecht Pencks: Karte der Verbreitung von Deutschen und Polen längs der Warthe-Netze-Linie und der unteren Weichsel sowie an der Westgrenze Polens, Berlin 1919; Ders.: Verteilung der Deutschen und Polen in Westpreußen und Polen, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde, Berlin 1921.

<sup>20)</sup> Vgl. die Dissertation Rudolf Vogels: Deutsche Presse und Propaganda des Abstimmungskampfes in Oberschlesien, Beuthen 1931; Tooley: National Identity and Weimar Germany, S. 243. Vgl. auch: Bernhard von Hülsen: Der Kampf um Oberschlesien. Oberschlesien und sein Selbstschutz, Stuttgart 1922. Zur Bedeutung der Publizistik insgesamt siehe: Peter Fischer: Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1939, Wiesbaden 1991.

<sup>21)</sup> Innere Behörden versuchten immer wieder, die „Deutschtumspolitik“ als Teil deutscher Innenpolitik an sich zu ziehen. Das Auswärtige Amt indes proklamierte die „Deutschtumspolitik“ für sich. Vgl. Norbert Krekeler: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der

germächten und dem Völkerbund, die Versuche also, Grenzfragen auf internationaler Ebene im deutschen Sinne zu lösen. Andererseits aber auch der „Grenzkampf“ vor Ort als aktiver Teil deutscher Außenpolitik.<sup>22)</sup>

Insofern waren die ersten Jahre nach Kriegsende Jahre, in denen man sich im Hinblick auf die deutschen Grenzen – notgedrungen – auf die Regelungen des Versailler Vertrages einließ. Zwar ließ keine gesellschaftliche deutsche Gruppe Zweifel an der grundsätzlichen Ablehnung der Regelungen von Versailles. Dennoch aber akzeptierte man das Vorgehen, nach dem Prinzip des „Selbstbestimmungsrechts“ Volksabstimmungen durchzuführen. Hier sah man die Chance, das Selbstbestimmungsrecht im eigenen Interesse nutzen zu können, das an anderer Stelle geschehene Unrecht hier verhindern und auf diese Weise „mit Versailles“ die Grenzen des Reiches bestimmen zu können, indem man die „Erfüllungspolitik“ gezielt auch auf territoriale Fragen anwandte.

Das Scheitern dieser Politik in territorialer Hinsicht ließ die deutsche Politik und Öffentlichkeit empört, jedoch in tiefer Ratlosigkeit zurück, wie die Grenzprobleme denn überhaupt lösbar seien. Fortan konzentrierte sich die deutsche Politik auf jenen Bereich, in dem eine aktive Politik noch möglich schien. Sie versuchte, in der Reparationsfrage durch die „Erfüllungspolitik“ weiter zu kommen, letztlich jedoch auch hier ohne Erfolg. Die Besetzung des Ruhrgebietes als „produktivem Pfand“ durch die Franzosen und Belgier aufgrund nicht erfüllter Reparationsleistungen hatte schließlich auch für den deutschen Grenzdiskurs erhebliche Bedeutung: Mit ihr kam, nachdem vorübergehend vor allem die Abstimmungsgrenzen im Zentrum des öffentlichen Interesses gestanden hatten, nun auch die Westgrenze insgesamt wieder reichsweit ins Gespräch. Der „Ausgriff“ der Franzosen auf die Ruhr, die Bildung einer Zollgrenze, die das Ruhrgebiet vom Reichsgebiet trennte, machte den „Grenzkampf“ im Westen nun zu einem dauerhaften Thema in der öffentlichen Meinung des Deutschen Reichs. Ein propagandistischer „Abwehrkampf“ entbrannte.<sup>23)</sup>

Nach dem Scheitern des passiven Widerstandes begann mit der Stresemannschen „Verständigungspolitik“ eine Phase deutscher Außenpolitik, die sich auch im Hinblick auf ein neues Grenzverständnis auszeichnete. Die

Weimarer Republik. Die Subvention der deutschen Minderheit in Polen 1919–1933, Stuttgart 1973, S. 149. Vgl. auch: Helmut Pieper: Die Minderheitenfrage und das Deutsche Reich 1919–1933/34, Hamburg u.a. 1974; Karl-Heinz Grundmann: Deutschumpolitik zur Zeit der Weimarer Republik. Eine Studie am Beispiel der deutsch-baltischen Minderheit in Estland und Lettland, Hannover 1977; John W. Hiden: The Weimar Republic and the Problem of the Auslandsdeutsche, in: JCH 12/1977, S. 273–289.

<sup>22)</sup> Krekeler: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik, S. 149.

<sup>23)</sup> Franziska Wein: Der Rhein – Frankreichs Strom, Deutschlands Grenze, Essen 1992. Zum rheinischen Separatismus vgl.: Klaus Reimer: Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918–1933). Ein Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutschland, Frankfurt a.M. 1979.

Konferenz von Locarno brachte die Garantie der deutschen Westgrenze und entwickelte gleichzeitig erstmals nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eine neue Form internationaler Politik, die auch ein neues Grenzverständnis in Deutschland nach sich zog – zumindest bei Teilen des politischen Lagers und Teilen der deutschen Öffentlichkeit. Zwar war bereits relativ bald nach dem Ende des Krieges klar gewesen, „dass territoriale Veränderungen im modernen Zeitalter des Nationalismus und der Massendemokratie ohne Gefährdung des internationalen Systems und möglicherweise schreckliche Opfer kaum mehr durchzuführen sind.“<sup>24)</sup> Wie also die territorialen Revisionsziele, die man vertrat, durchgesetzt werden sollten, dazu hatte man in der unmittelbaren Nachkriegszeit kaum Ideen. Man beharrte stattdessen in allen Bereichen von Politik und Gesellschaft auf deutschen Ansprüchen, den Blick über den nationalen Tellerrand hinaus auf das europäische System richtete man kaum. Erst mit Stresemann kam ein multilateraler Aspekt in der deutschen Außenpolitik wieder zum Tragen. Damit einher ging der Versuch, nationale Grenzen nicht mehr allein als nationales Problem, sondern als Teil eines europäischen Systems zu betrachten. Ein stabiles europäisches System mit Grenzen, die Sicherheit für alle Länder boten, konnte letztlich auch die Sicherheit Deutschlands garantieren – und gleichzeitig war zu hoffen, dass Veränderungen im territorialen Status Quo auf Dauer in einem stabilen europäischen System leichter und vor allem risikoärmer zu verwirklichen sein würden.

Voraussetzung dafür war indes, dass das Deutsche Reich in die Position einer gleichberechtigten Großmacht auf das internationale Parkett zurückkehrte und wieder den nötigen außenpolitischen Spielraum erhielt. Diese Entwicklung zeigte auch Rückwirkungen auf den Umgang der Politik mit Grenzen: Die zentralen Streitpunkte der Friedensordnung von Versailles wurden zwar keinesfalls vergessen, doch wurden sie vorerst ausgeklammert. Allen Beteiligten war deutlich geworden, dass Forderungen wie jene nach dem Ende der wirtschaftlichen Restriktionen und Kontrollen oder sogar der Reparationsfrage von den Siegermächten eher zu erfüllen sein würden als Grenzveränderungen. Es war deutlich geworden, dass territoriale Revisionsforderungen für die gesamte Nachkriegsordnung unübersehbare Folgen haben mussten. Schließlich war Deutschland nicht das einzige Land gewesen, das Grenzveränderungen zu eigenen Lasten hinnehmen musste. Begann man an einer Stelle die Grenzen von Versailles zu verändern, so drohte das ganze System zu implodieren. Insofern war die vollständige Anerkennung zumindest der Grenze im Westen und die Betonung, Grenzveränderungen im Osten nur noch in friedlicher, sprich gegenseitiger Abstimmung durchzuführen, unabdingbare Voraussetzung, um die Stabilität des Systems insgesamt zu garantieren.

<sup>24)</sup> Krüger: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 92.

Mit der Akzeptanz des Versailler Vertrages als legitimem System, das man zwar revidieren wollte, dessen völkerrechtliche Bedeutung man dennoch anerkannte, vertrat die deutsche Politik der Ära Stresemann auch ein spezifisches – völkerrechtliches – Grenzverständnis: Grenzen erschienen hier ausschließlich als „aufgrund politischer Maßnahmen im weitesten Sinne in ihrer präzisen Festlegung und völkerrechtlichen Gültigkeit“ entstandene Elemente des internationalen Systems.<sup>25)</sup> Die Unverletzlichkeit von Grenzen wurde als völkerrechtliches Prinzip akzeptiert. Alternative Grenzkonzepte, die ihre Legitimation nicht aus völkerrechtlichen, sondern anderen Zusammenhängen – wie etwa der Geschichte, der Geographie oder Ethnographie bezogen – verloren damit in der deutschen Politik an Relevanz. Während der Phase der Volksabstimmungen hatte man sich noch stark auf solche alternativen Modelle bezogen. Nun aber, mit der „Verständigungspolitik“, akzeptierte die deutsche Politik Grenzen als völkerrechtliche Linien, die nur im Rahmen des internationalen Systems zu verändern seien. Dies war angesichts der angespannten internationalen Situation der einzig gangbare Weg: Jeder Versuch, Grenzen nach anderen Legitimationsmustern zu definieren, musste zum Konflikt mit den deutschen Nachbarn führen.

Während diese Akzeptanz von völkerrechtlichen Grenzen in der Ära Stresemann der Öffentlichkeit und dem Ausland gegenüber vertreten wurde, heißt dies nicht, dass damit alternative Grenzlegitimationen für die Politik keine Rolle mehr gespielt hätten. Vielmehr förderte insbesondere das auswärtige Amt wissenschaftliche Studien zum deutschen „Volksboden“ außerhalb der Reichsgrenzen, es betrieb, über die auslandsdeutschen Verbände, massive „Deutschtumspolitik“ außerhalb der Reichsgrenzen. Wir haben es hier mit einem janusgesichtigen Grenzverständnis zu tun. Während man offiziell die existierenden völkerrechtlich legitimierte Grenzen akzeptierte, also das internationale System multilateral zu gestalten bereit war, arbeitete man im Geheimen an unilateralen, allein an deutschen Normen entwickelten Legitimationsmustern, die eben diese Grenzen wieder in Frage stellten. Hier zeichnete sich bereits ein unaufhebbarer Widerspruch ab: Es war schlicht undenkbar, dass die deutschen Nachbarn Grenzverläufe akzeptieren würden, die sich allein auf deutsche Kriterien beriefen. Weder Kriterien wie der deutsche „Volks“- oder der deutsche „Kulturboden“ noch deutsche „Wehrgrenzen“ taugten letztlich als Prinzipien konsensualer internationaler Grenzordnung. Insofern waren diese alternativen Grenzkonzepte erst in jenem Moment annähernd realisierbar, in denen sich die deutsche Politik von multilateralen Grundsätzen entfernte, wie es nach 1933 dann geschehen sollte.

Während Stresemann in anderen Bereichen, vor allem der Reparationsfrage, mit seiner Verständigungspolitik Erfolge erzielte, war dies in den Grenzfragen nur schwer zu erreichen, wie etwa das Scheitern des „Testfalls“ Eu-

<sup>25)</sup> *Krüger*: Der Wandel der Funktion von Grenzen, S. 43.

pen-Malmedy zeigt.<sup>26)</sup> Selbst die vorzeitige Räumung des Rheinlandes ließ viel länger auf sich warten, als sich Stresemann erhofft hatte. Insofern gelang es ihm auch nicht, mit spektakulären Erfolgen in der deutschen Öffentlichkeit für seine Politik zu werben. Dabei wäre dies dringend nötig gewesen. Denn es zeigte sich, dass die Deutschen die Verständigungspolitik kaum mittragen: Vor allem in Hinblick auf die Grenzfragen fand die von der Reichsregierung vertretene Position der Akzeptanz der durch Versailles völkerrechtlich legitimized Grenzen keine Mehrheit. Jene Stimmen, die die Verständigungspolitik guthießen, bildeten deutlich die Minderheit. Ihre Vertreter sammelten sich, neben den pazifistischen Verbänden,<sup>27)</sup> in den Reihen der im Umfeld der Locarno-Verträge entstehenden Grüppchen, die, wie etwa das Deutsch-Französische Studienkomitee, nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Interessen eine Verständigung mit Frankreich vorantreiben wollten.<sup>28)</sup> Ferner bildeten sich Europaorganisationen, die ebenfalls die Verständigung als Vehikel benutzen wollten. Entweder blieben diese jedoch wie etwa der Verband für Europäische Verständigung im Zwiespalt zwischen deutschen Revisionsinteressen und französischem Sicherheitsbedürfnis gefangen.<sup>29)</sup> Oder aber sie

<sup>26)</sup> Zu Eupen-Malmedy vgl.: *Enssle*: Stresemann's territorial revisionism; Günter *Ullrich*: „Ein Zeichen der Versöhnung im Geiste von Locarno“ – Gustav Stresemann 1926. Ein Beitrag zur Geschichte der Eupen-Malmedy Rückgabeverhandlungen in der Locarno-Ära 1924–1926, Lünen 2001.

<sup>27)</sup> Karl *Holl*: Pazifismus in Deutschland, Frankfurt a.M. 1988, S. 138–204; *Ders.* (Hrsg.): Pazifismus in der Weimarer Republik. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Paderborn 1981; Friedrich-Karl *Scheer*: Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892–1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland, Frankfurt a.M. 1981.

<sup>28)</sup> Zu deutsch-französischen Verständigungsinitiativen vgl.: Ina *Belitz*: Befreundung mit dem Fremden. Die deutsch-französische Gesellschaft in den deutsch-französischen Kulturbeziehungen der Locarno-Ära. Programme und Protagonisten der transnationalen Verständigung zwischen Pragmatismus und Idealismus, Frankfurt a.M. u.a. 1997; Hans-Manfred *Bock*: Kulturelle Eliten in den deutsch-französischen Gesellschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit, in: Rainer *Hudemann*/Georges-Henri *Soutou* (Hrsg.): Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert. Strukturen und Beziehungen, München 1994, S. 73–91; *Ders.*: Zwischen Locarno und Vichy. Die deutsch-französischen Kulturbbeziehungen der 30er Jahre als Forschungsfeld, in: Reinhard *Meyer-Kalkus*/Michel *Treibitsch* (Hrsg.): Entre Locarno et Vichy. Les relations culturelles franco-allemandes dans les années 1930, Bd. 1, Paris 1994, S. 25–61. Zum deutsch-französischen Verständigungskomitee in Auswahl: Jacques *Bariéty*: Le rôle d'Emile Mayrisch entre les sidérurgies allemande et française après la première guerre mondiale, in: *Revue d'Allemagne* 7/1974, S. 123–134; Hans Manfred *Bock*: Emile Mayrisch und die Anfänge des Deutsch-Französischen Studienkomitees, in: *Galerie* 10/1992, S. 560–585.

<sup>29)</sup> Zum Verband für Europäische Verständigung: Vanessa *Conze*: Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970), München 2005, S. 232–242; Reinhart *Frommelt*: Paneuropa oder Mitteleuropa. Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925–1933, Stuttgart 1977; Jürgen C. *Heß*: Europagedanke und nationaler Revisionismus. Überlegungen zu ihrer Verknüpfung in der Weimarer Republik am Beispiel Wilhelm Heiles, in: *HZ* 225/1977, S. 572–622; Karl *Holl*: Europapolitik im Vorfeld der deutschen Regierungspolitik. Zur Tätigkeit proeuropäischer Organisationen in der Weimarer Republik, in: *HZ* 219/1974, S. 3–93.

zogen vor allem Kritik auf sich, wie etwa Richard Coudenhove-Kalergi mit seiner Paneuropa-Union, der explizit versuchte, nationale Standpunkte in Grenzfragen hinter sich zu lassen.<sup>30)</sup> Zu den Stimmen, die die Stresemannsche Verständigungspolitik unterstützten, kamen katholische Intellektuelle aus dem Rheinland, die dem Gebiet um den Strom als „Kernland des Abendlandes“<sup>31)</sup> eine völkerverständigende Funktion zusprachen. Von diesen Stimmen wurde die Grenze weniger zu etwas Trennendem als zu etwas Verbindendem, zu einem „Gelenk“<sup>32)</sup> erklärt. Der „Grenzraum“ sollte hier den Austausch fördern und damit zugleich die Nationen einander näher bringen.<sup>33)</sup> Doch selbst in diesen verständigungsbereiten Kreisen kam es zunehmend zu Kritik an Frankreich, als die Räumung des Rheinlands auf sich warten ließ. Ende der zwanziger Jahre wurde der Rhein auch hier von einem „abendländischen“ wieder zu einem „deutschen“ Strom: „Frankreich bedient sich des Rheins um zu herrschen, Deutschland bedarf des Rheins um zu leben.“<sup>34)</sup>

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung jedoch hielt am traditionellen Bild des „Schanddiktats“ unverändert fest, und das Scheitern etwa der Verhandlungen um Eupen-Malmedy bestärkte die deutsche Öffentlichkeit nur in ihrer festverwurzelten Überzeugung, dass die Grenzfürhungen von Versailles ausschließlich dazu dienten, das deutsche Volk klein zu halten und daher auf keinen Fall anzuerkennen seien. Multilaterales Denken, das Verständnis dafür, dass Grenzen als Teil des internationalen Systems nicht allein nationale Probleme darstellten, sondern nur im völkerrechtlich fundierten Miteinander zu bestimmen waren, fand in das Denken breiter Schichten keinen Eingang.<sup>35)</sup>

<sup>30)</sup> Vanessa Conze: Richard Coudenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas, Göttingen 2004.

<sup>31)</sup> Hermann Platz: Abendländische Vorerinnerung, in: *Abendland* 1/1925/26, Heft 1, S. 6.

<sup>32)</sup> Carl Oskar von Soden: Deutschland, Polen und Locarno, in: *Abendland* 1/1925/26, Heft 3, S. 72.

<sup>33)</sup> Zu Europaideen der Zwischenkriegszeit, auch in ihrer Kontinuität über das Jahr 1945 hinaus vgl.: Conze: *Das Europa der Deutschen*. Speziell zum „Abendland“-Gedanken: Dies. (unter dem Namen *Plichta*)/Guido Müller: Zwischen Rhein und Donau. Abendländisches Denken zwischen deutsch-französischen Verständigungsinitiativen und konservativ-katholischen Integrationsmodellen 1923–1957, in: *Journal of European Integration History* 5/1999, S. 2, 17–47.

<sup>34)</sup> Konrad W. Andrée: Freier Rhein und entwaffnetes Deutschland?, in: *Abendland* 5/1930, Heft 10, S. 313–323.

<sup>35)</sup> Krüger: *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, S. 213.

## II.

Je weniger man die völkerrechtlich legitimierten Grenzen von Versailles akzeptierte, desto stärker entfaltete sich in der deutschen Öffentlichkeit ein breiter Diskurs darüber, wie und auf welche Weise Grenzen denn in anderer Form zu legitimieren seien. Bei der Entwicklung dieser alternativen Prinzipien und Normen, auf die sich Forderungen nach Grenzkorrekturen stützen ließen, tat sich vor allem eine Gruppe hervor: die Geistes- und Sozialwissenschaften. Sie waren es, die die zum Teil weit über die nationalstaatlichen Grenzen des Deutschen Reiches der Zwischenkriegszeit hinausgehenden Grenzforderungen wissenschaftlich zu legitimieren versuchten und ihnen damit einen Anstrich von „Wahrhaftigkeit“ gaben: „Wie aber soll sich auf gerechte, naturwissenschaftlich begründbare, wahrhaft soziale Weise jemals [...] die Verteilung des Lebensraumes auf der zusehends [...] enger und kleiner werdenden Erde [verwirklichen lassen], wenn nicht wieder und wieder von der Wissenschaft für die Staatskunst gesammelt und bereitgestellt wird, was sich an unverrückbaren Grundlagen, an festen Anhaltspunkten für die gerechte Abgrenzung der einzelnen Teilräume und Staatszellen unseres Planeten erarbeiten läßt?“<sup>36)</sup> Dabei wurden Wissenschaftler, das ist bereits angeklungen, von der Politik – trotz aller Verständigungspolitik – finanziell und organisatorisch unterstützt, ja als Berater zurate gezogen.

Die theoretische Fundierung alternativer Grenzkonzepte, die ein multilaterales, völkerrechtliches Grenzverständnis zugunsten nationaler Problemlagen aufhob, verlief parallel zur Verständigungspolitik der Ära Stresemann. Dabei griff man in vielen Argumentationsmustern auf Theoreme zurück, die bereits im Kaiserreich entwickelt worden waren – vor allem im Bereich geographischer und geopolitischer Vorstellungen.<sup>37)</sup> Dennoch entstanden wichtige theoretische Werke zu Grenzfragen just in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre: Karl Haushofers Arbeit über „Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung“ etwa erschien 1927.<sup>38)</sup> Hier standen bereits unterschiedlichste „Grenzformen“ gleichberechtigt nebeneinander. Multilateral-

<sup>36)</sup> *Haushofer*: Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung, S. XIII.

<sup>37)</sup> Vgl. den „Klassiker“: Friedrich *Ratzel*: Politische Geographie oder die Geographie der Staaten, des Verkehrs und des Krieges, München 1897, v.a. den sechsten Abschnitt über Grenzen, S. 535–620. Siehe auch: Michael *Fahlbusch*: Grundlegung, Kontext und Erfolg der Geo- und Ethnopolitik vor 1933, in: Irene *Diekmann*/Peter *Krüger*/Julius H. *Schoeps* (Hrsg.): Geopolitik. Grenzgänge im Zeitgeist, Bd. 1, 1890–1945, S. 103–146, v.a. 106–126; Heinz *Gollwitzer*: Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd. II.: Zeitalter des Imperialismus und der Weltkriege, Göttingen 1982, S. 52–71; Michel *Kronman*: Quand l'Allemagne pensait le monde; Hans-Dietrich *Schultz*: Deutschlands „natürliche Grenzen“; *Ders.*: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ Geographie und Nationalstaat vor dem Ersten Weltkrieg, in: Geographische Rundschau 47/1995, S. 492–497; *Ders.*: Land – Volk – Staat. Der geographische Anteil an der ‚Erfindung‘ der Nation, in: GWU 51/2000, S. 4–16.

<sup>38)</sup> *Haushofer*: Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung. Vgl. auch: Norbert *Krebs*: Deutschland und Deutschlands Grenzen, Berlin 1929.

völkerrechtlich vereinbarte Grenzen spielten jedoch nur noch eine untergeordnete Rolle: „Rechtsbuchstabe und Lebensdrang“ wurden antagonistisch gegenübergestellt – nicht selten mit Verweis auf „romanische“ und „germanische“ Grenzauffassungen: Die völkerrechtliche „Grenzlinie“ als „blut- und körperlose, möglichst mathematische Abstraktion“ einerseits, der „Grenzsaum“ als „dreidimensionaler, durchbluteter Grenzkörper“ andererseits.<sup>39)</sup>

Jene Gruppe von Wissenschaftlern, die sich einer solchen Delegitimierung völkerrechtlicher Grenzen hätte entgegenstellen müssen, die Völkerrechtler selbst, hielt sich in den Grenzdebatten bedeckt. Sie blieben gefangen in dem Konflikt, der sich ergab aus dem zunehmenden Auseinandertreten ihrer professionellen „mental map“, welche die völkerrechtlich legitimierten Grenzen von 1919 als unantastbar begriff, und der kollektiven „mental map“ der Deutschen, die diese völkerrechtlichen Grenzen als unakzeptabel verurteilte. So hielten sich Völkerrechtler bedeckt, in dem sie betonten, dass es nicht Aufgabe des Völkerrechts sei, über konkrete Grenzverläufe Aussagen zu treffen,<sup>40)</sup> oder sie beschränkten sich auf allgemeinere Untersuchungen etwa zur Stellung der Freien Stadt Danzig unter Völkerbundsmandat.<sup>41)</sup> Doch selbst innerhalb der Völkerrechtswissenschaft wurde – vor allem nach 1933 – die Bedeutung völkerrechtlich legitimer Grenzen grundsätzlich in Frage gestellt, ja schließlich in der Tradition der Völkerrechtsleugner die Existenz einer internationalen Völkerrechtsordnung insgesamt bestritten.<sup>42)</sup> Nach Carl Schmitts „Großraum“-Konzepten am Beginn des Zweiten Weltkrieges, der nationalstaatliche Grenzen innerhalb von Großräumen bereits in ihrer Bedeutung relativierte zugunsten der Außengrenzen dieses von einem „Reich“ dominierten Gebietes,<sup>43)</sup> fand diese Entwicklung ihren Höhepunkt bei den SS-nahen Völkerrechtswissenschaftlern wie Reinhard Höhn während des Zweiten Weltkrieges. Diese lehnten die Völkerrechtsinterpretation Carl Schmitts als „etatistisch“ ab und erhoben allein die Rasse zum Kriterium internationaler Ordnung.<sup>44)</sup> So lautete die Definition der SS: „Unsere Grenze ist das Blut“.<sup>45)</sup>

<sup>39)</sup> *Haushofer*: Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung, S. 21.

<sup>40)</sup> Julius Hatschek/Karl Strupp: Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie, Aachen 1924, Art.: Grenze.

<sup>41)</sup> Vgl. etwa: Otto Loenig: Die Rechtsstellung der Freien Stadt Danzig, Berlin 1928; Rudolf Pfeuffer: Die völkerrechtliche Stellung der freien Stadt Danzig, Danzig 1921; Karl-Ludwig Schroeder: Die völkerrechtliche Stellung Danzigs, Breslau 1927.

<sup>42)</sup> Gustav Adolf Walz: Wesen des Völkerrechts und Kritik der Völkerrechtsleugner, Stuttgart 1930.

<sup>43)</sup> Felix Blindow: Carl Schmitts Reichsordnung. Strategie für einen europäischen Großraum, Berlin 1999; Lothar Gruchmann: Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer „deutschen Monroe-Doktrin“, Stuttgart 1962; Mathias Schmöckel: Die Großraumtheorie. Ein Beitrag zur Geschichte der Völkerrechtswissenschaft im Dritten Reich, insbesondere der Kriegszeit, Berlin 1994.

<sup>44)</sup> Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989, Bonn 1996, S. 271–298.

<sup>45)</sup> SS-Leitheft 2 vom 22.2.1936, S. 13.

Die Entwicklung eines (zur außenpolitischen Ebene) alternativen Grenzdiskurses im Verlauf der zwanziger Jahre war also für den Umgang der Deutschen mit ihren Grenzen entscheidend. Zunehmend sollte es in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung zu einem „Verlassen der tatsächlichen völkerrechtlichen Grenzen und ihrer stabilisierenden Funktion“<sup>46)</sup> kommen – eine Entwicklung, die dann in den dreißiger Jahren auch offiziell in die Politik übersetzt wurde. Bevor jedoch dieser Schritt näher in den Blick zu nehmen sein wird, sollen im Folgenden die Argumente beschrieben werden, die insbesondere von Wissenschaftlern in die Grenzdiskussion eingebracht wurden, aber schnell Verbreitung in weiten Teilen der deutschen Publizistik und damit wohl auch in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung fanden. Trotz aller Vereinfachung lassen sich acht Kategorien unterscheiden, die ein weit- aus breiteres Spektrum umfassen als es die aktuelle Konzentration der Forschung auf geo- bzw. ethnopolitische Fragen nahelegt.<sup>47)</sup>

Zentral waren in diesem Diskurs natürlich *politische* Argumente gegen die Grenzregelungen des Versailler Systems. Diese bildeten die immer wieder explizit ausgeführte Motivation, konkrete Grenzfürhungen zu analysieren und zu kommentieren, um auf diese Weise das vermeintlich geschehene politische Unrecht nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.<sup>48)</sup> Generell kamen bei den politischen Argumenten immer wieder die „Ungerechtigkeiten“ des Friedensschlusses sowie der Politik der unmittelbaren Nachkriegsjahre zur Sprache. Im Zentrum stand dabei der Verweis auf Wilsons 14 Punkte, die sich als „eitel Lug und Trug“ erwiesen hätten und durch welche die Deutschen über die „wahre“ Natur des Friedensschlusses „getäuscht“ worden seien.<sup>49)</sup> Das „Selbstbestimmungsrecht“ sei „wider alle Gerechtigkeit und alle politische Vernunft“ entweder verweigert oder manipuliert worden.<sup>50)</sup> Nur selten wurde dabei allerdings der Vorwurf der Abstimmungsmanipulation durch die Alli-

<sup>46)</sup> Krüger: Der Wandel der Funktion von Grenzen, S. 50.

<sup>47)</sup> Ähnliche Argumentationsformen macht Roland Gehrke für die polnischen Westansprüche aus: Roland Gehrke: Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche gegenüber Deutschland im Zeitalter des europäischen Nationalismus, Marburg 2001.

<sup>48)</sup> Bei einem Blick auf die Literatur lässt sich eine grobe Gliederung erkennen: In den zwanziger Jahren, als die Rheinlandbesetzung noch bestand, widmete sich ein Großteil der „Grenzschriften“ der Grenze im Westen. Erst in den dreißiger Jahren, als einerseits die Westgrenze (auch militärisch wieder) gesichert, andererseits die nationalsozialistische Außenpolitik vermeintlich neue außenpolitische Spielräume zu schaffen schien, trat auch der Korridor wieder stärker in den Blick.

<sup>49)</sup> Alfred Hettner: Der Friede und die Politische Geographie, in: Geographische Zeitschrift 25/1919, S. 233–235, 233; vgl. z.B. auch die Erläuterungen zu der Karte: Wie der Versailler Vertrag Wilsons Grundsätze mißachtet und den deutschen Westen verstümmelt hat, in: Karl Linnebach: Die gerechte Grenze im deutschen Westen – ein 1000jähriger Kampf, Berlin 1926, S. 61.

<sup>50)</sup> Paul Blunk: Ostpreußen und der Korridor. Vortrag gehalten am 16. März 1933, Berlin 1933, S. 3.

ierten erhoben. Vielmehr hoffte man – gerade im Hinblick auf die „Korridor-Gefahr“<sup>51)</sup> – immer wieder auf die Unterstützung des Auslands, wo vermeintlich „viel klarer als bei uns die Unhaltbarkeit der politischen Lösungen im Osten erkannt“ wurde.<sup>52)</sup> Ausländische Texte, die die Korridorlösung kritisierten, wurden ausführlich zitiert, verbunden mit dem Hinweis, dass der „Korridor“ die europäische Sicherheit und damit den Weltfrieden gefährde.<sup>53)</sup>

Ein weiterer politischer Argumentationsstrang bezog sich auf die Rheinlandbesetzung bzw. den „Ruhrkampf“.<sup>54)</sup> Die Politik der Franzosen wurde dabei als annexionistisch beschrieben; es ginge ihr letztlich nur darum, den Rhein als französische Ostgrenze durchzusetzen.<sup>55)</sup> Auf die in diesem Zusammenhang immer wieder konstatierte historische Kontinuität französischer Ostpolitik wird im Zusammenhang mit historischen Argumentationsweisen noch einmal zurückzukommen sein. Die zeitgenössische Literatur zur Rheinlandfrage oder zum polnischen Korridor ist kaum zu übersehen.<sup>56)</sup> Darunter

<sup>51)</sup> Die Korridor-Gefahr. Das Problem des deutschen Ostens, der europäischen Verständigung, des Weltfriedens von \*\*\* (anonym), München 1930.

<sup>52)</sup> Die Korridor-Gefahr, Geleitwort.

<sup>53)</sup> Dabei handelte es sich überwiegend um Publikationen aus den 30er Jahren: Zeugnisse der Wahrheit. Danzig und der Korridor im Urteil des Auslands, Berlin 1939; Erich *Murawski*: Das Korridorproblem in der internationalen Diskussion, in: Friedrich *Heiss*/A. Hillen *Ziegfeld* (Hrsg.): Deutschland und der Korridor, Berlin 1933, S. 221–260; (im Versuch, Polens annexionistische Ziele nachzuweisen:) Axel *Schmidt*: Gegen den Korridor. Polnische Zeugnisse und Tatsachen, Berlin 1939; Ulrich *Wendland*: Das Korridorproblem in der internationalen Diskussion, in: Friedrich *Heiss* (Hrsg.): Deutschland und der Korridor, Berlin 1939, S. 277–290; Polnische und andere ausländische Stimmen zum Korridor- und Danzig-Problem, Auslandsstimmen über Danzigs Deutschtum, Welche Vorschläge hat das Ausland im Laufe der Nachkriegsjahre gemacht?, in: \*\*\* (anonym), Korridor und Danzig, Breslau 1939, S. 11–33.

<sup>54)</sup> Vgl. z.B.: Franz *Rodens*: Der Sieg am Rhein. Frankreich und der Separatismus, Bonn 1933; Um Rhein und Ruhr und deutsches Sein. Des deutschen Volkes Kampf um seine Freiheit, sein Recht, seine Arbeit und sein Vaterland, unter Mitarbeit deutscher Männer und Frauen herausgegeben, Berlin 1923; *Ders.*: Zehn Jahre Fremdherrschaft am deutschen Rhein. Eine Geschichte der Rheinlandbesetzung, Berlin 1928 (mit ausführlichen Literaturangaben).

<sup>55)</sup> Hermann *Coblenz*: Frankreichs Ringen um Rhein und Ruhr. Eine Schriftenreihe zur Abwehr, Berlin o.J.; *Keetmann*: Frankreichs Kampf um den Rhein. Eine politische Studie zum Versailler Friedensdiktat, Völkerrechtsfragen, Heft 9, Berlin 1925; Walter *Platzhoff*: Rhein und Osteuropa in der französischen Außenpolitik, in: Elsaß-Lothringisches Jahrbuch 7/1928, S. 1–8. Zur Bedeutung des Rheins für Frankreich: Fernand *L'Huillier*: Le mythe français du Rhin 1918–1923, in: *Baechler/Fink* (Hrsg.): L'Etablissement des frontières en Europe, S. 263–279. Siehe zum „Rhein“-Problem insgesamt: Nikolaus *Flüeler*: Der mißbrauchte Rhein. Untersuchung zu einem problematischen Thema der Geschichte deutsch-französischer Beziehungen, Phil.Diss., Zürich 1966; Aram *Mattoli*: ‚Volks Grenzen‘ oder Staatsgrenzen? Wissenschaft und Ideologie in der Debatte um die Hochrheingrenze (1925–1947), in: G. *Marchal* (Hrsg.): Grenzen und Raumvorstellungen (11.–20. Jahrhundert), Zürich 1996, S. 285–311; Peter *Schöttler*: Le Rhin comme enjeu historiographique dans l'entre-deux-guerres, in: *Genèse* 14/1994, S. 63–82.

<sup>56)</sup> Vgl. die Verzeichnisse: *Güntzel*: Das Schrifttum über das Recht der abgetretenen und besetzten Gebiete. Juristische Wochenschrift 1926, S. 1377; *Reismüller-Hofmann*: Zehn Jahre Rheinlandbesetzung. Ein beschreibendes Verzeichnis des Schrifttums über die West-

finden sich natürlich auch zahlreiche Schmäh- und Hetzschriften; die große Menge der Texte jedoch versucht – trotz aller politischen Argumentationsweisen – auf weniger plumpe Weise vorzugehen, indem man betonte, eine „vollkommen überparteiliche Haltung“ anzunehmen.<sup>57)</sup> Diese im Kern höchst politische „unpolitische“ Grundhaltung – ein zentrales Element der politischen Kultur der Zwischenkriegszeit nicht nur in konservativen Kreisen – findet sich in einem Großteil aller Werke zu Grenzfragen in der Zwischenkriegszeit.<sup>58)</sup>

Diese politische Fundierung der Kritik an den bestehenden Grenzen wurde mit Argumenten verknüpft, die sie inhaltlich unterfüttern sollten. Damit einhergehend entwickelten sich – und das ist zentral – auch Legitimationsstrategien für „bessere“ und „gerechtere“ Grenzen. So fühlten sich zum Beispiel die sich in der Zwischenkriegszeit, besonders aber nach der nationalsozialistischen „Machtübernahme“ etablierenden „Wehrwissenschaften“ in besonderem Maße berufen, die deutschen Grenzen im Hinblick auf *militärische* Argumente zu analysieren.<sup>59)</sup> Sie verknüpften die bekannten politischen Argumente mit Hinweisen zur militärischen Entwicklung aufgrund der Grenzziehungen des Versailler Vertrages. Für Wehrwissenschaftler bedeuteten die Grenzen von 1919 alles andere als militärisch sinnvolle „Wehrgrenzen“. Auf zahlreichen Karten versuchten sie ihren Lesern zu verdeutlichen, wie wehrlos das Deutsche Reich durch seine Grenzführung sei: Sowohl die deutschen wirtschaftlichen Ballungsräume wie auch die großen Städte lägen in grenznahen Gebieten, also nicht im „deutschen Restschutzraum“,<sup>60)</sup> und hätten damit keinerlei Sicherheit vor einem möglichen Angriff. Dies entsprach der Überzeugung, dass Deutschland „die wohl schlechtesten militärischen Grenzen in Europa“ besäße,<sup>61)</sup> ja durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages eigentlich „keine Grenzwehr und vollends keine Form der Wehrgrenze“ mehr innehatte und damit vollständig „entwehrt“ (das hieß gleichzeitig auch: „entehrt“) sei.<sup>62)</sup> Dafür waren nach Auffassung aller Auto-

fragen mit Einschluß des Saargebietes und Eupen-Malmedy, Leipzig 1928; *Rühlmann*: Fragen des besetzten Westens. Ein Literaturnachweis, 2. Aufl. Berlin 1925.

<sup>57)</sup> So z.B. das Vorwort zu der Reihe „Rheinische Schicksalsfragen“. Hier zitiert nach Helmut Götting: Die Großmächte und die Rheinfrage in den letzten Jahrhunderten, Berlin 1926, Vorbemerkung des Herausgebers.

<sup>58)</sup> Raimund von dem Bussche: Konservatismus in der Weimarer Republik. Die Politisierung des Unpolitischen, Heidelberg 1998, vor allem S. 21–53.

<sup>59)</sup> Zu den „Wehrwissenschaften“ vgl.: Christoph Jahr: Die „geistige Verbindung von Wehrmacht, Wissenschaft und Politik“: Wehrlehre und Heimatforschung an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin 1933–1934, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 4/2001, S. 161–176. Am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen entsteht eine Dissertation zur Geschichte und Entwicklung der „Wehrwissenschaften“ zwischen Erstem Weltkrieg und Kaltem Krieg.

<sup>60)</sup> *Haushofer*: Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung, S. 218.

<sup>61)</sup> Ewald Banse: Wehrwissenschaft. Einführung in eine neue nationale Wissenschaft, Leipzig 1933, S. 7.

<sup>62)</sup> *Haushofer*: Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung, S. 218.

ren die Ergebnisse des Versailler Vertrages verantwortlich zu machen. Doch kamen in wehrwissenschaftlicher Perspektive weitere Argumente hinzu: Im Zentrum der Argumentation stand dabei die sogenannte deutsche „Mittellage“. Dieser Topos hatte bereits seit dem 19. Jahrhundert dazu gedient, die angestrebte Vormachtstellung des Deutschen Reiches über „Mitteleuropa“ zu begründen. Im Verständnis der Wehrwissenschaften jedoch verstärkte diese „Mittellage“ nach dem verlorenen Weltkrieg und angesichts der geopolitischen Situation der Zwischenkriegszeit Deutschlands Grenzprobleme:<sup>63)</sup> „Je mehr fremde Völker an einen Staat grenzen, wie es bei der Mittellage der Fall ist“, desto größer sei die Gefahr eines militärischen Angriffs, aber auch einer ideologischen Beeinflussung der Bevölkerung im Grenzland.<sup>64)</sup>

Gleichzeitig war man überzeugt, dass es „für die Sicherheit eines Staates [...] nicht nur entscheidend [ist], wie er zu seinen Nachbarn liegt, sondern auch wie seine Grenzen beschaffen sind“<sup>65)</sup>. Damit ist die nach wehrwissenschaftlicher Überzeugung negative äußere Gestalt Deutschlands angesprochen, denn „je mehr sich ein Staat der Kreisform nähert, um so kürzer werden seine Grenzen, und um so leichter kann er verteidigt werden.“<sup>66)</sup> Die deutschen Grenzen jedoch seien nicht nur „3,1 mal länger als der Umfang des flächengleichen Kreises“, sondern sie zeigten – etwa an der deutsch-polnischen und der böhmischen Grenze – auch noch Ausbuchtungen, die insbesondere Berlin gefährlich nah an die Grenze heranrücken lasse. Argumente, nach denen dem Deutschen Reich an seinen Grenzen auch der nötige Schutz durch geographische Hindernisse fehlte, kamen hinzu. So finden sich zum Beispiel Texte, in denen der Rhein als die eigentliche militärische Grenze im Westen beschrieben wird: In diesem Verständnis waren die linksrheinischen Gebiete ein „Glacis“, das im Falle eines Krieges notwendigerweise zu opfern war, weil es nicht zu verteidigen war.<sup>67)</sup>

Die in der öffentlichen Diskussion der Zwischenkriegszeit weitverbreitete Vorstellung, das deutsche Volk müsse „wehrhaft“ gemacht werden, fand ihren Niederschlag auch in den Debatten über die militärischen Grenzen des Reiches. „Grenzwehr und Wehrgrenze“ sollten solange nicht „als Idee aus der öffentlichen Meinung des deutschen Volksbodens, aus der Schule und Erziehung, besonders aus den Hochschulen verschwinden, bis alle anderen Völker Europas auch mindestens die Entwehrung ihrer Grenzen [...] zugestanden haben.“<sup>68)</sup> Hier verknüpfte sich der Grenzdiskurs wiederum mit tagespolitischen Argumenten: den Debatten um Sicherheit und Abrüstung der

<sup>63)</sup> Zur „Mittellage“ und „Mitteleuropa“ vgl. den Abschnitt zu geographischen Argumentationsweisen.

<sup>64)</sup> Friedrich Papenhusen: Wehrwissenschaft und Wehrgeographie, in: Geographische Wochenschrift 1/1933, S. 797–804, 798.

<sup>65)</sup> Ebd., S. 802.

<sup>66)</sup> Ebd., S. 801.

<sup>67)</sup> Oskar von Niedermayer: Wehrgeographie, Berlin 1942.

<sup>68)</sup> Haushofer: Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung, S. 218.

zweiten Hälfte der zwanziger Jahre. Pazifistisch waren diese Vorstellungen indes selten. Es ging um Deutschlands Sicherheit angesichts der eigenen militärischen Machtlosigkeit.

Während pazifistische Stimmen sich insgesamt wenig in die Debatten über Deutschlands Grenzen einschalteten, lassen sich demgegenüber nicht selten Positionen ausmachen, die hofften, die nötige Sicherheit des Friedens in Europa ließe sich nicht durch Abrüstung, sondern durch die Überwindung wirtschaftlicher Grenzen verwirklichen. Die Forderung etwa des österreichischen Grafen Richard Coudenhove-Kalergi oder auch des Deutsch-Französischen Studienkomitees nach verbesserten Kontakten zwischen deutschen und französischen Industriellen, einem geeinten europäischen Wirtschaftsraum oder gar einer Währungsunion waren immer auch zu verstehen als Teil eines weitergreifenden Verständigungsprojektes innerhalb Europas. Dieses sollte den Frieden nicht zuletzt dadurch sichern, dass es die Bedeutung umstrittener (wirtschaftlicher) Grenzen zurücktreten lassen sollte. Demgegenüber standen jedoch auch zahlreiche Stimmen, die gegen die Grenzziehung des Versailler Vertrages *wirtschaftliche* Argumente anführten, ohne daraus notwendigerweise verständigungsbereite Konsequenzen zu ziehen. So stecke zum Beispiel das Saargebiet in einer „wirtschaftsgeographischen Schlinge, es steck[e] in einem Sack, es [sei] von drei Seiten von der Franken- und der Zollgrenze umzingelt mit der notwendigen Wirkung der fast vollständigen Abtrennung von den seit Jahrhunderten eingespielten Bezugs- und Absatzgebieten.“<sup>69)</sup> Ähnliche Argumente lassen sich auch für das Rheinland finden, welches durch die Grenzregelungen der Friedensverträge und die französische Besatzung einen erheblichen wirtschaftlichen Niedergang erlebe, den die Franzosen gezielt herbeiführten.<sup>70)</sup> Diese Texte verstanden Grenzen vorwiegend als Zollgrenzen, deren Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft mit genauen statistischen Angaben ausgeführt wurden. Beispielhaft verwies man auf die eminent politische Bedeutung der um das Rheinland bzw. das Ruhrgebiet errichteten Zollgrenzen: Zwar habe die französische Regierung bei den Friedensverhandlungen in Versailles den Begriff „Annektion“ vermieden, doch wenn „Frankreichs militärische Grenze der Rhein ist, Frankreichs Zollgrenze der Rhein ist, Deutschlands politische Westgrenze der Rhein ist, worin unterscheiden sich diese Konstruktionen von einer An-

<sup>69)</sup> Hermann *van Ham*: Die Wirtschaftsnöte des Westens durch Kriegsausgang und Grenzziehung mit besonderer Berücksichtigung der Rheinprovinz, Berlin 1928.

<sup>70)</sup> Vgl. in Auswahl: Peter *Hartel*: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet, Diss., Köln 1925; Karl H. *Henco*: Frankreichs Wirtschaftsziele während der Besatzung, in: Kampf um den Rhein. Beiträge zur Geschichte des Rheinlandes und seiner Fremdherrschaft 1918–1930, Mainz 1930, S. 70–80; Reinhold Georg *Quaatz*: Der Franzoseneinbruch. Frankreichs Angriff und Deutschlands Verteidigung. Ihre wirtschaftliche und politische Bedeutung, Berlin 1923; Rudolf *Strobel*: Sanktionen und Rheinzolllinie. Eine politisch-wirtschaftliche Studie, München 1922; *van Ham*: Wirtschaftsnöte des Westens.

nektion der linksrheinischen Gebiete“<sup>71)</sup> Es erschien zahlreichen Publizisten und Wissenschaftler daher als zentral, auf die Grenzveränderungen im Rheinland hinzuweisen, waren diese doch, gerade im Vergleich mit dem polnischen „Korridor“, nicht offensichtlich genug: „Die heutige Ostgrenze des Reiches schreit [...] ihre Unvernunft heraus, die neue deutsche Westgrenze dagegen sieht auf der Karte nicht ganz so den deutschen Volkskörper zerfetzend aus.“<sup>72)</sup>

Die „Zerstückelung“ des Reiches durch den „Korridor“ und die Abtrennung des Oberschlesischen Industriegebietes war jedoch nach ökonomischer Argumentation die wichtigste Grenzproblematik der zwanziger Jahre überhaupt, habe das Deutsche Reich mit dem Verlust Oberschlesiens doch einen Großteil seiner Industriekapazität und Rohstoffvorräte eingebüßt. Hier bemühten die Autoren sich, immer wieder den Beweis einer seit Jahrhunderten schicksalhaft verbundenen einheitlichen Wirtschaftslandschaft im Osten „als Teilgebiet des Gesamtorganismus des Deutschen Reiches“ zu erbringen.<sup>73)</sup> Diese sei durch polnische Zoll- und Abschottungsmaßnahmen zerstört und werde zu einer „wirtschaftlich toten Zone“, in welcher das Hinterland von Kreisstädten abgetrennt sei, Verkehrswege und Eisenbahnlinien durchschnitten würden.<sup>74)</sup>

Dabei wurden nicht selten auch *geographische* und *geopolitische* Argumente angeführt, was uns zu einem weiteren entscheidenden Argumentationsstrang innerhalb der Debatten um deutsche Grenzen führt. In diesem Bereich engagierten sich verständlicherweise vorwiegend Geographen, für die Grenzen traditionell ein zentrales Untersuchungsfeld darstellten.<sup>75)</sup> Bereits seit dem Ersten Weltkrieg politisierte sich diese geographische Beschäftigung mit Grenzen erheblich.<sup>76)</sup> Geographen sahen sich selbst als prädestiniert an, der Politik in Grenzfragen beratend zur Seite zu stehen. Neben den anthropogeographischen Grenzen wie Siedlungs-, Verkehrs oder Kulturgrenzen stand dabei die alte Idee der „natürlichen“ Grenze immer wieder im Zentrum: Idea-

<sup>71)</sup> Henco: Frankreichs Wirtschaftsziele, S. 71.

<sup>72)</sup> Van Ham: Die Wirtschaftsnöte, S. 5.

<sup>73)</sup> Walter Geisler: Die ostdeutsche Wirtschaftslandschaft und ihre Zerstörung durch das Diktat von Versailles, in: Heiss (Hrsg.): Deutschland und der Korridor, S. 153–170, 157; Carl Budding: Der polnische Korridor als europäisches Problem, Danzig 1932.

<sup>74)</sup> Geisler: Die ostdeutsche Wirtschaftslandschaft, S. 168, 169.

<sup>75)</sup> Vor allem Hans-Dietrich Schultz hat sich diesen Zusammenhängen gewidmet, siehe Anm. 37. Vgl. auch: Korinman: Quand l'Allemagne pensait le monde.

<sup>76)</sup> Vgl. z.B.: Albrecht Penck: Über politische Grenzen. Rede zum Antritt des Rektorates der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin am 25. Sept. 1917, Berlin 1917; Wilhelm Sievers: Die geographischen Grenzen Mitteleuropas. Akademische Rede zur Jahresfeier der Großherzoglich Hessischen Ludwigs-Universität am 1. Juli 1916, Giessen 1916; Alfred Hettner: Der Friede und die Politische Geographie, in: Geographische Zeitschrift 25/1919, S. 233–235; Otto Maull: Geographische Staatsstruktur und Staatsgrenzen, in: Kartographische und schulgeographische Zeitschrift, Heft 9/10/1919, S. 129–136. Siehe auch: Astrid Mehmel: Deutsche Revisionspolitik in der Geographie nach dem Ersten Weltkrieg, in: Geographische Rundschau 47/1995, Heft 9, S. 498–505.

le Grenzen seien jene Grenzen, die von der Natur, etwa in Form morphologischer oder Klima- und Vegetationsgrenzen, vorgegeben seien. Solche geographischen Grenzkonzepte kannte man bereits seit Jahrhunderten.<sup>77)</sup> Die „Raumorientierung“ der Zwischenkriegszeit bildete zusätzlich einen idealen Nährboden für die politische Relevanz geographischer Argumentationsmuster angesichts der existierenden Grenzprobleme. Das angestrengte Suchen der Zeitgenossen nach „richtigen“ Grenzen, die nach „überzeitlichen“ Kriterien festgelegt seien, zeigt seine Janusgesichtigkeit jedoch gerade an diesem Konzept der „natürlichen“ Grenzen. Denn es gab einige natürliche Grenzen, die keineswegs in die politische Landkarte der Deutschen passten: Der Rhein etwa sollte – im Anschluss an Ernst Moritz Arndt – ganz selbstverständlich „Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze“ sein.<sup>78)</sup> Daher wurde die Auffassung, dass Flüsse die „natürlichen“ Grenzen zwischen Gebieten darstellten, im Falle des Rheins vehement abgestritten: „Der Rhein ist nicht die Grenze einer Naturlandschaft, sondern nur ein Glied der natürlichen Einheit [einer] rechts und links des Stroms gleichmäßig und symmetrisch aufgebauten Landschaft,<sup>79)</sup> deren Grenze erst am westlichen Ende dieser Symmetrieachse – also westlich der Vogesen – verlaufe. Auch im Osten konnte die Idee der „natürlichen“ Grenze nicht im eigenen Interesse genutzt werden, und so sahen es viele Geographen als erwiesen an, dass der deutsche Raum „nach Osten offen“ sei und sich dort „keine feste Naturgrenze, [...] die sich als günstige politische Grenze“ eignen würde, fände.<sup>80)</sup>

Dieser Zwiespalt zwischen dem Bedürfnis, verbindliche Definitionskriterien für Grenzen festzulegen, und dem politischen Interesse, dem diese Definitionen letztlich dienen sollten, zeichnet die Debatten über Grenzen über die gesamte Zwischenkriegszeit hinweg aus. Widersprachen „natürliche“ Grenzen den eigenen territorialen Ansprüchen, so verwarf man das Konzept. Waren „natürliche“ Grenze hingegen im eigenen Sinne zu verwenden, so verstand man sie als allgemeingültige Regel idealer Grenzziehung. Bedeutung erlangte die Idee der „natürlichen“ Grenze dabei etwa im Hinblick auf eine europäische Ordnung: Dabei wurde die Stärkung des vermeintlich natürlich vorgegebenen Raumes „Mitteleuropa“ – mehr oder weniger unter deutscher Hegemonie gedacht – vielfach als die einzige Möglichkeit gesehen, die

<sup>77)</sup> Vgl. etwa: Peter *Sahlins*: Boundaries. The making of France and Spain in the Pyrenees, Berkeley 1989; *Ders.*: Natural frontiers revisited. France's boundaries since the 17<sup>th</sup> century, in: AHR 95/1990, S. 1423–1481.

<sup>78)</sup> Alexander Graf zu *Dohna*: Der Rhein. Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze. Vortrag, gehalten am 19.2.1925 an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg im Rahmen des Vortragszyklus „Der Deutsche Rhein“, Heidelberg 1925.

<sup>79)</sup> Karl *Linnebach*: Die gerechte Grenze im deutschen Westen – ein 1000jähriger Kampf (= Rheinische Schicksalsfragen 13/14), Berlin 1926.

<sup>80)</sup> W. *Volz*: Lebensraum und Lebensrecht des deutschen Volkes, in: Deutsche Arbeit 24/1925, S. 159–174.

als verhängnisvoll interpretierte „Mittellage“ Deutschlands zu überwinden.<sup>81)</sup> Dass sich die Grenzen des „natürlich“ gegebenen Raumes „Mitteleuropa“ dabei je nach Anschauung erheblich unterscheiden konnte, bestätigt nur, wie relativ die Idee der „natürlichen“ Grenze war.

Das Konzept der „natürlichen“ Grenze war indes nur ein Teil eines umfassenden Systems geographischer Grenzlegitimationen, deren Verwendung in engem Zusammenhang stand mit dem breiten Durchbruch, den die Geopolitik in der Zwischenkriegszeit erlebte. Die deutsche Geopolitik, die in ihren Wurzeln bis an die Jahrhundertwende zurückreichte, entwickelte sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges explosionsartig und wurde zu einer der, ja vielleicht zu der zentralen „Leitwissenschaft“ der Zwischenkriegszeit. Der „Raum“ wurde zur zentralen Kategorie, welche die als chaotisch empfundene Gegenwart wieder ordnen sollte. Während der gesamten zwanziger Jahre war es der „Raum“, der die politische Kultur Deutschlands prägte, bis ihm in den dreißiger Jahren zunehmend die „Rasse“ zur Seite gestellt wurde. Für die bewusst politisch motivierte Geopolitik mit ihrem „elementaren Drang nach besserem wissenschaftlichen Schutz der politischen Lebensform wie des Volks- und Kulturbodens“<sup>82)</sup> stellte das Nachdenken über Grenzen einen entscheidenden Bestandteil ihrer Wissenschaft dar: „Das Wissen von der Grenze [bedarf] gemeinsamer politisch-geographischer wie geopolitischer Vertiefung. Die Forderung eines viel bewussteren Verhältnisses zum Saum der staatlichen Lebensform und Volkheit richtet sich hier auf, mit der weiteren nach suggestiver Kartographie und geopolitischer Werbekraft.“<sup>83)</sup> Hier zeigt sich, neben der politikberatenden Funktion der Geopolitik und anderer „Grenzwissenschaften“, erneut der Anspruch, auch weitere Bevölkerungskreise anzusprechen. Es ging nicht nur darum, dass die Politik endlich „lernen [müsse], sich wenigstens aller erreichbaren wissenschaftlichen Hilfsmittel zu bedienen“,<sup>84)</sup> die Wissenschaftler an sie herantrugen. Vielmehr sah man die Erziehung der Deutschen zu einem lebendigen „Grenzgefühl“ als selbstgestellte und wichtigste Aufgabe. Zentrales Hilfsmittel dazu waren Karten, die man bewusst als „suggestiv“ kennzeichnete: Dem „fast kleinlichen Zug zur Treue“ in der Darstellung setzten Geopolitiker die „betont politische Leistung [des suggestiven Kartenbildes] in dem, was es an Untergeordnetem oder Unerwünschtem typisiert, zurücktreten lässt oder verschweigt

<sup>81)</sup> Hans-Dieter *Schultz*: Deutschlands ‚natürliche Grenzen‘; *Ders.*: Deutschlands „natürliche Grenzen“, in: Alexander *Demandt* (Hrsg.): Deutschlands Grenzen in der Geschichte, München 1993, S. 32–93.

<sup>82)</sup> Karl *Haushofer*: Grundlagen, Wesen und Ziele der Geopolitik, in: *Ders./Erich Obst/Hermann Lautensach/Otto Maul* (Hrsg.): Bausteine zur Geopolitik, Berlin 1928, S. 29–48, 29.

<sup>83)</sup> Ebd., S. 69.

<sup>84)</sup> Ebd., S. 60.

[...]“ entgegen.<sup>85)</sup> So kam beinahe kein Text über deutsche Grenzen ohne Karten aus. Man schien sich in seinem Kampf gegen die völkerrechtlichen „toten Linien“ über eine bildliche Darstellung geradezu absichern zu müssen.

Zu diesen geopolitischen Legitimationen von Grenzen trat schließlich ein weiterer Argumentationsstrang hinzu: *Historische Argumente*, ergänzt um im weitesten Sinne *kulturelle* und *sprachliche* Aspekte, bildeten ebenfalls eine zentrale Kategorie, wenn es um die Definition „idealer“ und „richtiger“ Grenzen ging. Dabei gehörten vor allem historische Argumentationslinien zu den wichtigsten überhaupt bei der Rechtfertigung veränderter Grenzverläufe. Wichtigste Vertreterin war hier die sich in den zwanziger Jahren etablierende „Volksgeschichte“, die sich vor allem die Erforschung der deutschen Geschichte in den Grenzräumen des Westens und Ostens zur vornehmlichen Aufgabe machte.<sup>86)</sup> Das (durch die Geographen Albrecht Penck und Wilhelm Volz eingeführte) Konzept des „Volksbodens“ als jenem Raum, den das deutsche Volk durch Besiedlung bis in die Gegenwart der Zwischenkriegszeit hinein prägte, entwickelte erstaunliche Überzeugungskraft. Dabei handelte es sich, das ist zu betonen, um ein historisch-kulturelles Legitimationsmuster, nicht um ein rassistisch argumentierendes.<sup>87)</sup> Es galt, den Nachweis tausendjähriger „deutscher“ Siedlungskontinuität, „deutschen“ Kulturschaffens und deutscher Sprachtradition in jenen Gebieten zu erbringen, die auf eine geschlossen deutsch-besiedelte Tradition zurückblicken konnten. Im Hinblick auf die deutschen Grenzen fand dieses Konzept vor allem für die linksrheinischen Gebiete Verwendung. Das Motiv des „Kulturbodens“, ebenfalls ursprünglich von Albrecht Penck eingeführt, hingegen bezog sich auf die umstrittenen Gebiete mit gemischt-ethnischer Bevölkerung, also vor allem Schlesien, aber auch den „Korridor“ oder Schleswig. Die deutsche Bevölkerung als überlegener Kulturträger prägte das Land, die Sprache und die Kultur

<sup>85)</sup> Karl *Haushofer*: Die suggestive Karte, in: *Ders./Obst/Lautensack/Maul* (Hrsg.): Bausteine zur Geopolitik, S. 343–348, 343, 346. Siehe auch: Otto *Maull*: Über politischgeographische-geopolitische Karten, in: Ebd., S. 325–342. Vgl.: Geoffrey *Herb*: Persuasive Cartography in ‚Geopolitik‘ an National Socialism, in: *Political Geography Quarterly* 8/1989, S. 298–303; *Ders.*: Under the map of Germany. Nationalism and propaganda 1918–1945, London 1997.

<sup>86)</sup> Vgl. in Auswahl: Ingo *Haar*: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten, Göttingen 2000; Willi *Oberkrome*: Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993; Winfried *Schulze*/Otto G. *Oexle* (Hrsg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1999; Hans-Erich *Volkmann*: Historiker im Banne der Vergangenheit. Volksgeschichte und Kulturbodenforschung zwischen Versailles und Kaltem Krieg. Versuch eines thematischen Aufrisses, in: *ZfG* 49/2001, S. 5–12. Siehe neuerdings auch die ausführlichen Sammelbände zur „Westforschung“: Burkhard *Dietz* u.a. (Hrsg.): Griff nach dem Westen. Die „Westforschung“ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), 2 Bde., Münster u.a. 2003.

<sup>87)</sup> Andreas *Kossert*: ‚Grenzlandpolitik‘ und Ostforschung an der Peripherie des Reiches. Das ostpreußische Masuren 1919–1945, in: *VfZ* 51/2003, S. 117–146, 124.

auch dort, „wo die deutsche Bevölkerung gegenüber der anderssprachigen zurücktritt“.<sup>88</sup>) Mit dieser fragwürdigen Argumentation konnte man potentiell auch Gebiete beanspruchen, die weit außerhalb der nationalstaatlichen Grenzen des Deutschen Reiches lagen und gleichzeitig die durch Volksabstimmung „verlorenen“ Gebiete als „deutsch“ zurückfordern.

Die „Volks- und Kulturboden“-Forscher entfalteten eine rege Aktivität: Literatur wurde gesammelt, Architektur und Bauformen dokumentiert, religiöse Praktiken beschrieben, Bevölkerungsverhältnisse ausgezählt oder Dialekte verglichen, um den deutschen Einfluss in den umstrittenen Gebieten nachzuweisen.<sup>89</sup>) Gleichzeitig sah man es als Aufgabe an, die vermeintliche aktuelle Bedrohung des „Volksbodens“ durch die Machtansprüche fremder Nationen in eine historische Traditionslinie zu stellen. Dies galt vor allem am Rhein, wo man einen seit Julius Cäsar existierenden „französischen Drang nach Westen“ ausmachte, der die französische Außenpolitik über Jahrhunderte hinweg bestimmt habe.<sup>90</sup>)

Diese Überzeugungen ließen sich gut über den engeren wissenschaftlichen Raum hinaus einem breiteren bildungsbürgerlichen Publikum vermitteln. Wissenschaftler beteiligten sich vor allem mit öffentlichen Vorträgen und Tagungen aktiv an der „Grenzlandpolitik“ im „Deutschtumskampf“.<sup>91</sup>) Dabei ging es, ähnlich wie in der geopolitischen Auseinandersetzung um Grenzen, auch den historisch-kulturell argumentierenden Vertretern „richtiger“ Grenzen nicht nur um einen fachwissenschaftlichen Beitrag: Die erarbeiteten Legitimationsmuster für Grenzen sollten vielmehr möglichst weit in die deutsche Bevölkerung hineingetragen werden.

<sup>88</sup>) Albrecht *Penck*: Deutscher Volks- und Kulturboden, in: Karl Christian von *Loesch* (Hrsg.): Volk unter Völkern, Breslau 1925, S. 62–73, 68.

<sup>89</sup>) Vgl. in Auswahl: Fedor *Schneider*: Zur Entstehung der ertschländischen Sprachgrenze, in: Elsaß-Lothringisches Jahrbuch 8/1929, S. 40–68; Aloys *Schulte* (Hrsg.): Tausend Jahre deutscher Geschichte und deutscher Kultur am Rhein. Im Auftrage des Provinzialausschusses der Rheinprovinz, Düsseldorf 1925; *Heiss/Ziegfeld* (Hrsg.): Deutschland und der Korridor; Paul *Wentzcke*: Der Anteil des rechtsrheinischen Deutschland am Kultur- und Geistesleben Elsaß-Lothringens, in: Elsaß-Lothringisches Jahrbuch 6/1927, S. 116–135.

<sup>90</sup>) Vgl. z.B.: Friedrich von *Boetticher*: Frankreich. Der Kampf um den Rhein und die Weltherrschaft, Leipzig 1922; Friedrich *Grimm*: Frankreich am Rhein. Rheinlandbesetzung und Separatismus im Lichte der historischen französischen Rheinpolitik, Hamburg/Berlin o.J. (1931); Rudolf *Kautsch* u.a. (Hrsg.): Frankreich und der Rhein. Beiträge zur Geschichte und geistigen Kultur des Rheinlandes, Frankfurt a.M. 1925; Hermann *Oncken*: Napoleon III. and the Rhine. The Origins of the War of 1870–71, New York 1928; Walter *Platzhoff*: Der Kampf um den Rhein in zwei Jahrtausenden, in: Kampf um den Rhein. Beiträge zur Geschichte des Rheinlandes und seiner Fremdherrschaft 1918–1930, Mainz 1930, S. 5–12; Franz *Rodens*: Der Sieg am Rhein. Frankreich und der Separatismus, Bonn o.J. (1933), S. 7–14; Hermann *Stegemann*: Der Kampf um den Rhein. Das Stromgebiet des Rheins im Rahmen der großen Politik und im Wandel der Kriegsgeschichte. Neue, bis zur Gegenwart fortgeführte Ausgabe, Stuttgart/Berlin 1924; Edmund *Stengel*: Deutschland, Frankreich und der Rhein. Eine geschichtliche Parallele, Langensalza 1926, vor allem S. 12–29;

<sup>91</sup>) Als Beispiele: Lothar *Kettenacker*: Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß, Stuttgart 1973; *Kossert*: „Grenzlandpolitik“.

Gerade in diesen nicht-wissenschaftlichen Beiträgen konnte sich die ursprünglich historisch-kulturell definierte Idee des „Volks- und Kulturbodens“ jedoch leicht mit einer Grenzkonzeption anderer Art vermischen: Der Begriff des „Volkes“ öffnete das Grenzdenken der Zwischenkriegszeit letztlich für das Konzept der „Rasse“. Damit ist der Komplex der *rassisch-biologisch-ethnischen* Argumentationsmuster zur Legitimierung von Grenzverläufen angesprochen, der sich vor allem seit den dreißiger Jahren entwickelte und nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten an Bedeutung gewann. Eine jüngere Wissenschaftlergeneration machte sich nach 1933 die Neuorganisation der rassisch fundierten Grenzforschung zur Aufgabe, finanziell und organisatorisch unterstützt vom nationalsozialistischen Regime. Zum „Raum“, der Grenzen bis dahin ganz überwiegend bestimmt hatte, trat nun das rassisch definierte „Volk“. Die territoriale Neugliederung Europas entwickelte langsam ein anderes Gesicht: Grenzen sollten nach rassischen Kriterien gezogen werden, sie sollten fortan „reinrassige“ Gebiete umschließen. Für ethnische Minderheiten oder „Zwischenvölker“ war in diesem Konzept im Wortsinne kein Raum mehr. Die Umorientierung dieser Grenzkonzeption erstreckte sich über die gesamten dreißiger Jahre, verdrängte indes niemals die älteren Grenzlegitimationen. Geographische, kulturelle, politische, militärische, wirtschaftliche oder historische Argumente blieben während der gesamten Jahre des „Dritten Reiches“ innerhalb des Grenzdiskurses relevant. Nicht alle Wissenschaftler übernahmen rassistische Grenzdefinitionen, vielmehr erhielt sich das alte, traditionelle „Raum“-Denken bis weit in die Nachkriegszeit hinein.<sup>92)</sup> Dennoch ist die zunehmende Radikalisierung rassistischer Grenzmodelle und die gezielte politische Unterstützung, die diese Konzepte fanden, entscheidend nicht allein für den Grenzdiskurs in Deutschland, sondern sie bildeten die Voraussetzung für die Vernichtungspolitik während des Zweiten Weltkrieges. Verschwanden ethnische Minderheiten anfangs „nur“ von den Karten, aus den wissenschaftlichen Publikationen und der öffentlichen Berichterstattung, so wurde die „Eliminierung“ mit Beginn des Zweiten Weltkrieges zur brutalen Realität.

### III.

Während die deutsche Außenpolitik mit der „Verständigungspolitik“ in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre Ansätze zu einer Akzeptanz völkerrechtlich legitimer Grenzen zeigte, entfaltete sich parallel dazu in der Öffent-

<sup>92)</sup> Ein ähnliches Nebeneinander von „traditionellen“ und rassistisch aufgeladenen Konzepten findet sich im Nationalsozialismus beispielsweise im Hinblick auf Europaideen, vgl. Conze: *Das Europa der Deutschen*. Vgl. auch: Jürgen Elvert: *Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918–1945)*, Stuttgart 1999; Birgit Kletz: *Europa aus Rasse und Raum. Die nationalsozialistische Idee der neuen Ordnung*, Münster 2000.

lichkeit des Deutschen Reiches also ein Grenzdiskurs, der mittels unterschiedlichster Argumentationsmuster die durch den Versailler Vertrag entstandenen Grenzen zu delegitimieren versuchte. Auffällig ist dabei, dass ein Großteil der Grenzliteratur kaum Vorschläge machte, wo denn nun konkret eine veränderte Grenzföhrung laufen sollte. Vielmehr wurde die „Grenze“ zu einem „offenen“ Konzept, das potentiell „grenzenlos“ expansiv aufgeladen werden konnte (wenn auch nicht unbedingt musste). Es ging vor allem darum, die völkerrechtlichen Grenzen in ihrer Bedeutung zurücktreten zu lassen – mit unterschiedlichsten Legitimationsmustern, die in sich durchaus nicht immer konsistent oder aufeinander abgestimmt waren. Wichtig an dieser Entwicklung war, dass Grenzen in der Zwischenkriegszeit nicht als Garanten eines friedlichen internationalen Systems verstanden wurden, die es multilateral zu regeln galt. Vielmehr erschienen Grenzen in der politischen Kultur der Weimarer Republik als ausschließlich nationale Elemente. Während die Politik der „Verständigungsära“ sich noch bemühte, ein völkerrechtliches Verständnis von Grenzen zumindest offiziell zu unterstützen (wenn sie auch im geheimen eine „Deutschumpolitik“ betrieb, die die völkerrechtlichen Grenzen gerade nicht anerkannte), so schlug diese Politik in breiten Gesellschaftsschichten keine Wurzeln. Multilaterale Kriterien zur Grenzfindung im internationalen „Miteinander“ schienen in der politischen Kultur der zwanziger Jahre keine attraktiven politischen Kriterien.

Dies hing natürlich damit zusammen, dass sich die Deutschen vom internationalen System nach 1919 und seinen territorialen Regelungen mehr als benachteiligt fühlten. Es schien, als ließen sich die deutschen Vorstellungen von Grenzrevisionen mit multilateralen Grundsätzen nicht verwirklichen. Die Ergebnisse, die die „Verständigungspolitik“ brachte, führten nicht zum Umdenken. Stresemann hatte eben keine spektakulären Grenzrevisionen erreicht. Gerade solcher außenpolitischer Erfolge aber hätte es bedurft, um die politische Kultur in Deutschland langsam aber sicher zu verändern.<sup>93)</sup>

So verwurzelten sich in der deutschen politischen Kultur alternative Grenzvorstellungen, die sich immer weiter von der Idee eines internationalen Miteinanders entfernten. Dies wiederum hatte erhebliche Auswirkungen auf das internationale System selbst. Mit dem Tod Stresemanns und dem Ende der „Verständigungspolitik“ sowie der Weltwirtschaftskrise zog sich die deutsche Außenpolitik unter Curtius und seinen Nachfolgern, unterstützt durch eine nationalistisch aufgeheizte öffentliche Stimmung, zunehmend aus der internationalen Ebene zurück bzw. isolierte sich etwa beim Völkerbund.<sup>94)</sup> Der Versuch, das Anschlussverbot 1931 mit Hilfe der deutsch-österreichischen Zollunion im Geheimen, gewissermaßen am Internationalen

<sup>93)</sup> *Krüger*: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 554.

<sup>94)</sup> *Andreas Rödder*: Stresemanns Erbe. Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929–1931, Paderborn 1996; *Hermann Graml*: Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher, München 2001.

System vorbei, zu verwirklichen, scheiterte – im Verständnis der Deutschen gerade am Internationalen System, versinnbildlicht im Internationalen Gerichtshof. Einen Ausweg aus diesem Dilemma schien es für die deutsche Politik nicht zu geben: Wie sollten Grenzveränderungen durchgesetzt werden, wenn man völkerrechtliche Prinzipien zwar generell akzeptierte, für die eigenen Positionen jedoch im multinationalen Verhandlungsrahmen keinen Spielraum sah?

Eine Lösung dieses Problems brachte erst die „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten. Mit dem Austritt aus dem Völkerbund vollzogen sie die Abwendung von einer auf multilaterale Kooperation angelegten Außenpolitik und setzten damit ein öffentlichkeitswirksames Zeichen. Zwar betonte Hitler nach außen hin, „keine Politik der Grenzkorrekturen auf Kosten fremder Länder“ machen zu wollen, und unterstrich, dass „Vernunft und Logik, Verständnis und gegenseitige Rücksichtnahme“ das internationale System prägen sollten.<sup>95)</sup> Dass diese Friedensrhetorik die Nachbarn des Deutschen Reiches über die wahren Ziele der nationalsozialistischen Außenpolitik hinwegtäuschte, ist bekannt. Die nationalsozialistische Propaganda im Deutschen Reich machte gleichzeitig klar, dass sich die Außenpolitik des Deutschen Reiches fortan allein an den deutschen Interessen, nicht mehr an internationalen Vorgaben orientieren würde. Die Revision des Vertrages von Versailles sollte nun aktiv angestrebt werden. Dabei zog die nationalsozialistische Ideologie eben nicht mehr die völkerrechtlichen Grenzen als Maßstab heran, sondern legitimierte Grenzen allein an unumschränkt geopolitisch, „völkisch“ und rassistisch definierten Interessen.

Da dieses Denken jedoch in der deutschen Debatte über Grenzen bereits seit Jahren angelegt war – wenn auch in gemäßigerer Form – stellte die Veränderung im außenpolitischen Grenzverständnis kaum einen Bruch dar. Vielmehr hatten weite Teile der Bevölkerung das Gefühl, dass sich breite Überzeugungen nun erstmals auch wieder effektiv in Politik zurückübersetzen ließen. Die breite Unterstützung für die nationalsozialistische Revisionspolitik seit Mitte der dreißiger Jahre zeigt dies. Dass sich – wie etwa in der Saarfrage 1935, aber auch dem „Anschluss“ oder der sudetendeutschen Frage – mit dieser Politik gleichzeitig die „Erfolge“ erzielen ließen, die der Weimarer Republik gefehlt hatten, verstärkte den Zuspruch, den die nationalsozialistische Außenpolitik in der deutschen Bevölkerung hatte, weiter. Ganz offenkundig, so die Einschätzung, ließ sich mit einer radikal nationalistischen Außenpolitik im internationalen System mehr erreichen als im multilateralen Miteinander der Verständigungspolitik. Dass Hitler den „Anschluss“ Österreichs mit einer Abstimmung nachträglich zu legitimieren plante, war allein ein Element der rhetorischen Absicherung gegenüber dem Ausland. Mit den

<sup>95)</sup> Zitiert nach: Hans-Adolf Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, Frankfurt a.M./Berlin 1968, S. 337

multilateralen „Grenzfindungsversuchen“ des Versailler Systems hatte diese Abstimmung nichts zu tun – ein ähnlicher „Multilateralismus zum Schein“ zeigte sicher erneut bei der Münchener Konferenz von 1938.

Die Grenzkorrekturen der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre lösten im Deutschen Reich Begeisterung aus. Die Revision von Versailles schien erreicht, der deutsche „Grenzkampf“ schien erfolgreich gewesen zu sein. Dass die nationalsozialistische Außenpolitik viel weiter strebte, danach strebte, die deutschen Grenzen in ganz anderem Maße zu verschieben, als es der Begriff „Revision“ nahelegte, wurde vielen Zeitgenossen erst mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges bewusst. Die Tatsache, dass das Bewusstsein für völkerrechtliche Grenzen als friedenssicherndem Element des internationalen Systems bereits seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre im Deutschen Reich zu verblassen begann, dass alternative Grenzkonzepte in der deutschen politischen Kultur tief verwurzelt waren, machte vielen Deutschen diesen neuen Krieg akzeptabel. Denn wenn sich die „richtigen“ Grenzen Deutschlands wissenschaftlich eindeutig feststellen ließen, wenn diese „richtigen“ Grenzen jedoch mit den Nachbarn nicht umzusetzen waren, musste dann nicht im Verständnis vieler Deutscher der Krieg zum Vater neuer Grenzen werden? Hatte man einmal Grenzen nicht als völkerrechtliches System, sondern als Ausdruck nationaler Politik verstanden, so akzeptierte man leichter, dass Veränderungen dieser Grenzen nur national – im Alleingang und gegen andere – durchgesetzt werden konnten. Ein weiterer Schritt kam hinzu: Hatte man einmal rassistische, geopolitische oder historische Legitimationslinien für Grenzen akzeptiert, so konnten auch Forderungen wie jene Himmlers, dass die deutsche Grenze 500 km nach Osten verlegt werden müsse, Gehör finden.<sup>96)</sup> Hatte man einmal ethnographische Elemente in die Debatte um Grenzen aufgenommen, so konnten sich auch Vorstellungen von „rassereinen“ Gebieten durchsetzen. Damit wiederum war der Weg zu Umsiedlungen und Vernichtung beschritten. Auch wenn im Zweiten Weltkrieg eine völlig neue Dimension im Hinblick auf die Grenzen von „Raum“ und „Volk“ erreicht wurde – der Weg dahin war schon in der politischen Kultur der Zwischenkriegszeit angelegt gewesen.

<sup>96)</sup> Heinrich *Himmler*: Rede vor dem Offizierskorps einer Grenadierdivision am 27. Juni 1944, in: Bradley *Smith* (Hrsg.): *Heinrich Himmler, Geheimreden 1933–1945 und andere Ansprachen*, München 1974, S. 236–237. Hier heißt es: „Der Sinn des Krieges besteht [...] in einem soliden Hinausschieben der deutschen Volkstumsgrenze um mindestens 500 km nach Osten, von der Grenze des Jahres 1939 aus gesehen. Es gilt, die Besiedlung dieses Raumes mit deutschen Söhnen und deutschen Familien, mit germanischen Söhnen und germanischen Familien, so dass er ein Pflanzgarten germanischen Blutes wird [...]. Es geht um das Hinausschieben einer Wehrgrenze bis an die Grenze unseres militärischen Interessengebietes, mit einem ständigen Hineinfressen in den Osten [...]“.

# Bewahrung, Neugestaltung, Restauration? Konservative Raum- und Heimatvorstellungen in Deutschland 1900–1933

Von Thomas Rohkrämer

In einem Vortrag vor dem Deutschen Historischen Institut in London nannte David Blackbourn Raum zu Recht „a hidden dimension of history“, wobei er mit seiner Kritik vor allem die derzeitige deutsche Geschichtswissenschaft und ihre verhaltene Reaktion auf einen möglichen „spacial turn“ im Visier hatte.<sup>1)</sup> Dagegen stellte für die historischen Akteure im 19. und frühen 20. Jahrhundert Raum eine Kategorie dar, der wie selbstverständlich eine fundamentale, oft sogar eine determinierende Bedeutung zugeschrieben wurde. Raum galt als zentraler Bestandteil der individuellen Existenz, der staatlichen Macht, der nationalen Identität. Gerade während einer historischen Epoche der Modernisierung, in welcher die natürlichen Gegebenheiten gegenüber der vom Menschen geschaffenen künstlichen Welt zunehmend an Bedeutung verloren, hatte das Denken über das Verhältnis von Mensch und Raum Konjunktur. Eine Vielzahl von Gedanken, Konzepten und Theorien kamen auf, die in vieler Hinsicht verbunden waren, sich überlappten, aufeinander aufbauten, aber doch auch in Spannung standen oder sich widersprachen. Während die damalige Wissenschaft in vielen Bereichen verschiedene Ideen und Vorstellungen zunehmend zueinander in Beziehung setzte, systematisierte und schematisierte, gab es in Bezug auf Raumvorstellungen kaum Reflektionen über Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Zusammengehörigkeiten und Inkompatibilitäten, historische Kontinuitäten und Veränderungen. Daran hat sich, trotz aller Zunahme des historischen Wissens gerade über den Natur- und Heimatschutz sowie die Landschaftsplanung und -gestaltung, bis heute nur wenig geändert. Um gegen zu geradlinige historische Erklärungen die Vielfalt deutlich zu machen, erscheint es sinnvoll, verschiedene Formen und Entwicklungsstränge idealtypisch zu unterscheiden. Viele von ihnen konnten in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen auftreten, aber die historischen Spannungen und Konflikte sind deutlich genug, um historisch relevante Dif-

<sup>1)</sup> David Blackbourn: *A Sense of Place*. New Directions in German History, German Historical Institute London, The 1998 Annual Lecture, London 1999. Siehe jetzt auch Blackbourns Buch: *The Conquest of Nature. Water, landscape and the Making of Modern Germany* (London 2006), das in diesem Aufsatz nicht mehr berücksichtigt werden konnte, und die Beiträge im *Bulletin of the German Historical Institute Washington* 35, Fall 2004, S. 57–71, die anlässlich eines Symposiums zum spatial turn im Februar 2004 entstanden sind.

ferenzen hervortreten zu lassen. Meiner Darstellung wird sich darauf konzentrieren, was diese Gedanken motivierte und welche Funktion sie erfüllten. Zudem soll besonders das Verhältnis von Bewahrung, Neugestaltung und Restauration im Auge behalten werden.

Am meisten Beachtung fand das Raumenken wohl stets in der Machtpolitik.<sup>2)</sup> Auch wenn sich die Verbindung in der Industrialisierung lockerte, so stand doch die Größe und Beschaffenheit des Territoriums weiterhin in engem Verhältnis zur internationalen Bedeutung eines Staates. Der starke, ja übersteigerte Glaube an diesen Zusammenhang war für die damalige Zeit noch fast selbstverständlich. Der vorhandene Raum sollte möglichst intensiv genutzt werden, um die Wirtschaftsmacht und Bevölkerungszahl zu mehren. Die expansive Aneignung von Gebieten inner- und außerhalb von Europa galt als zentrales Mittel der Machtsteigerung. In der Epoche des Hochimperialismus vor dem Ersten Weltkrieg führte der Sozialdarwinismus zu einer fatalen Verschärfung dieses Denkens: Nicht Stabilität und Friede, sondern ständiger Konflikt galt dieser Überzeugung zufolge als Grundprinzip der politischen Existenz. Ein Staat musste sich ständig um Machtsteigerung bemühen, da jeder Stillstand angeblich Dekadenz und schließlich Untergang bedeute.<sup>3)</sup> Die Erfahrung des Ersten Weltkriegs mit dem allseitigen Bemühen um eine totale Mobilmachung aller Ressourcen<sup>4)</sup> verfestigte diese Überzeugung und verband sich zudem mit geopolitischem Gedankengut. Schon im Kaiserreich hatte der einflussreiche Geograph Friedrich Ratzel zu einem geographischen Determinismus geneigt, wobei der Raum die Entwicklung von Nation und Bevölkerung bestimme.<sup>5)</sup> Politisch gewendet hieß dies, dass Deutschland wegen der angeblich besonders gefährdeten Mittellage eine autoritäre Militärmonarchie benötige. Nach dem Ersten Weltkrieg verbreiteten dann vor allem Karl Haushofer und sein Kreis in der „Zeitschrift für Geopoliti-

<sup>2)</sup> Einen guten Überblick zur Bewusstseinsgeschichte des machtpolitischen Denkens bietet Heinz Gollwitzer: *Die Geschichte des weltpolitischen Denkens*, 2. Bde., Göttingen 1972 u. 1982. Siehe auch zur gesamten Thematik Werner Köster: *Die Rede über den „Raum“*. Zur semantischen Karriere eines deutschen Konzepts, Heidelberg 2002.

<sup>3)</sup> Besonders deutlich tritt dies hervor in Friedrich von Bernhardi: *Deutschland und der nächste Krieg*, Stuttgart/Berlin 1912; zur allgemeinen Verbreitung siehe Thomas Rohkrämer: *Heroes and Would-Be Heroes – Veterans' and Reservists' Associations in Imperial Germany*, in: Manfred F. Boemeke/Roger Chickering/Stig Förster (Hrsg.): *Anticipating Total War? The German and American Experiences, 1871–1914*, Cambridge Press 1999, S. 189–215. Sönke Neitzel: *Weltmacht oder Untergang. Die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus*, Paderborn 2000 zeigt deutlich den Zusammenhang von Sozialdarwinismus und dem Glauben, dass nur eine Weltmacht auf Dauer überlebensfähig sei. Siehe auch den Beitrag von Dirk van Laak in diesem Band sowie Böge Wiebeke: *Die Einteilung der Erde in Großräume. Zum Weltbild der deutschsprachigen Geographie seit 1871*, Hamburg 1997.

<sup>4)</sup> Roger Chickering/Stig Förster (Hrsg.): *Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front, 1914–1918*, Cambridge 2000.

<sup>5)</sup> Besonders deutlichen Ausdruck findet dies in Friedrich Ratzel: *Der Lebensraum. Eine biogeographische Studie*, Tübingen 1901.

tik“ und der Schriftenreihe „Macht und Erde“ die Überzeugung, dass alle politischen Vorgänge raumgebunden seien. In seiner Interpretation der Niederlage von 1918, die weite Resonanz bei rechtsradikalen Nationalisten fand, argumentierte Haushofer, dass Deutschland auf eine Ausweitung seines Lebensraums angewiesen sei, wenn es nicht zum Untergang verdammt sein wolle. Die Nähe zwischen Sozialdarwinismus und Geopolitik ist offensichtlich, und beide durchdrangen sich folgerichtig auch im rechtsradikalen Denken der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.<sup>6)</sup> Diese gesamte Denkrichtung zielte offensichtlich auf revisionistische Machterweiterung und Expansion mit militärischen Mitteln. Hier ging es nicht um Restauration oder Bewahrung, sondern um den „Griff nach der Weltmacht“.

Völlig andere Ziele verfolgte zumindest zunächst eine Tradition, die eine tiefe Verbindung zwischen dem überkommenen Raum und einem angeblichen „Nationalcharakter“ betonte. Schon Herder und Romantiker wie die Brüder Grimm waren überzeugt, dass jedes Volk, abhängig auch vom Raum, seine ganz eigene Gestalt, seinen „Genius“ besitze,<sup>7)</sup> und der einflussreiche konservative Journalist und Professor für Kulturgeschichte Wilhelm Heinrich Riehl postulierte in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine enge Verbindung der Bevölkerung und ihrer sozialen Ordnung mit der überkommenen Landschaft. Im scharfen Gegensatz zum machtsstaatlichen Denken ignorierte dieser politisierende Wissenschaftler mit beachtlichem kommunikativem Erfolg weithin Fragen der Außenpolitik und der militärischen Stärke; ihm ging es vor allem um die sozialpolitischen Ziele von nationaler Solidarität, politischer Stabilität und Akzeptanz einer überkommenen sozialen Hierarchie. Während das Machtstaatsdenken immer auch an einer starken Wirtschaft Interesse haben musste (und deshalb trotz der häufigen Betonung der Notwendigkeit einer starken Landwirtschaft zu einer Akzeptanz der Industrialisierung neigte), strich Riehl die begrenzte Gültigkeit von rein nationalökonomischen Erwägungen heraus. In Reaktion auf die Revolution von 1848/49 vertrat er einen

<sup>6)</sup> Zur Geopolitik siehe vor allem David Thomas *Murphy*: *The Heroic Earth. Geopolitical Thought in Weimar Germany, 1918–1933*, Kent/Ohio 1997; Jürgen *Osterhammel*: *Die Wiederkehr des Raumes. Geohistorie und historische Geographie*, in: *NPL* 43/1998, S. 374–397; I. *Diekmann* u.a. (Hrsg.): *Geopolitik*, 2 Bde., Potsdam 2000; Frank *Ebeling*: *Geopolitik. Karl Haushofer und seine Raumwissenschaft 1919–1945*, Berlin 1994. Siehe auch allgemeiner: Hans-Dietrich *Schultz*: *Raumkonstrukte der klassischen deutschsprachigen Geographie des 19. und 20. Jahrhunderts im Kontext ihrer Zeit. Ein Überblick*, in: *GG* 28/2002, S. 343–377.

<sup>7)</sup> So meinte Johann Gottfried *Herder*: „Was ist das Hauptgesetz, das wir bei allen großen Erscheinungen der Geschichte bemerkten? Mich dünkt dies, daß allenthalben auf unsrer Erde werde, was auf ihr werden kann, teils nach Lage und Bedürfnis des Ortes, teils nach Umständen und Gelegenheiten der Zeit, teils nach dem angeboren oder sich erzeugenden Charakter der Völker. [...] Nur Zeiten, nur Örter und Nationalcharaktere, kurz das ganze Zusammenwirken lebendiger Kräfte in ihrer bestimmtesten Individualität entscheidet, wie über alle Erzeugungen der Natur, so über alle Ereignisse im Menschenreiche“ (*Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit*, Bodenheim 1995, S. 325).

„social-politischen Conservativismus“,<sup>8)</sup> der für die Bewahrung einer Ständeordnung von Bauern, Aristokraten, Bürgern und viertem Stand, in dem die beiden letzteren „neuen“ und angeblich ruhelos-umstürzlerischen „Stände“ kein Übergewicht gewinnen sollten, auch einen ökonomischen Preis zu zahlen bereit war.

Die Bedeutung, die Riehl innerhalb dieses Programms der traditionellen Landschaft zuschrieb, zeigt sich schon daran, dass sein wichtiges Buch „Land und Leute“ mit den Kapiteln „Feld und Wald“ und „Wege und Stege“ einsetzte. Hier findet sich bereits ein Großteil der Themen, die auch spätere Zivilisationskritiker als Gefahren einer unkontrollierten Landschaftsveränderung hervorhoben. Während Riehl traditionelle Städte zu schätzen wusste, waren ihm Großstädte gefährliche Orte von Zersetzung und antinationaler Uniformität.<sup>9)</sup> Wenn er auch die unausweichliche Notwendigkeit der Industrialisierung zugestand, betonte er doch die Bedeutung eines starken Bauernstandes als Element der Bewahrung. Gegen eine möglichst intensive ökonomische Nutzung der gesamten Landschaft vertrat er das so genannte „Recht der Wildnis“.<sup>10)</sup>

Gegen viele spätere Interpretationen ist zu betonen, dass es Riehl im letzten nicht um Natur oder Landschaft ging.<sup>11)</sup> Konstruktivistisch argumentierend meinte er, dass sich die Bedeutung von Landschaft immer nur daraus ergebe, was der betrachtende Mensch in sie hineinlege.<sup>12)</sup> Es ging ihm auch nicht um ein Zurück zu einem angeblich ursprünglichen Naturzustand, sondern um die Wahrung des Volkscharakters in einer Zeit des schnellen Wandels. Der Vielgestaltigkeit des Bodens entsprach seiner Meinung nach die komplexe soziale Gliederung des Volkes und die „Biegsamkeit, Vielgestaltigkeit und Empfänglichkeit deutscher Geisteskultur und Gesittung“.<sup>13)</sup> Die „Wildnis“, worunter er schlicht einen allein als Jagdgebiet genutzten Wald verstand, korrespondierte beispielsweise mit einer starken Aristokratie, die Felder mit dem Bauerntum, die Städte mit den neuen Ständen von Bürgertum und Proletariat. Wälder und Felder mussten seiner Meinung nach nicht der Schönheit oder der ökologischen Bedeutung wegen gewahrt werden, sondern weil die von ihnen abhängige Aristokratie und Bauernschaft als sozialpolitische Kräfte der

<sup>8)</sup> Wilhelm Heinrich Riehl: *Land und Leute*, Stuttgart u.a. 1854, VII.

<sup>9)</sup> Zur Tradition dieser Angst vor der Großstadt siehe etwa Clemens Zimmermann/Jürgen Reulecke (Hrsg.): *Die Stadt als Moloch? Das Land als Kraftquell? Wahrnehmungen und Wirkungen der Großstädte um 1900*, Basel u.a. 1999. Zum internationalen Vergleich Andrew Lees: *Cities Perceived. Urban Society in European and American Thought, 1820–1940*, Manchester 1985.

<sup>10)</sup> Riehl: *Land und Leute*, S. 40.

<sup>11)</sup> Konrad Ott/Thomas Potthast/Martin Gorke/Patricia Nevers: Über die Anfänge des Naturschutzgedankens in Deutschland und den USA im 19. Jahrhundert, in: *Jahrbuch für Europäische Verwaltungsgeschichte* 11/1999, S. 1–55.

<sup>12)</sup> Wilhelm Heinrich Riehl: *Das landschaftliche Auge* [1850], in: *Ders.: Culturstudien aus drei Jahrhunderten*, Stuttgart 1873, S. 57–79.

<sup>13)</sup> Riehl: *Land und Leute*, S. 37.

Beharrung die nötige Stabilität in einer Zeit beschleunigten Wandels garantieren sollten. Gerade weil sich Riehl klar war über die Unausweichlichkeit vieler Veränderungen,<sup>14)</sup> betonte er die Bedeutung von konservativen sozialen Kräften zur Förderung von Kontinuität im Wandel. Er akzeptierte die Vorzüge ökonomischen Wachstums, aber nicht auf Kosten sozialer Desintegration. Deshalb forderte er einen sorgfältigen Balance-Akt zwischen Bewahrung und Veränderung bzw. ein sorgsames Management des Wandels zur Vermeidung unerwünschter sozialer Nebenwirkungen.

In der Folgezeit bezogen sich verschiedene ideologische Gruppierungen auf Riehl. Wohl am einflussreichsten war die Agrarromantik, die sich in Bauernromanen und anderer Volkskunst als nostalgischer Ausdruck einer angeblich heilen Welt entfaltete, dann aber auch schnell von der mächtigen landwirtschaftlichen Interessenvertretung „Bund deutscher Landwirte“ und der eng mit ihr verbundenen konservativen Partei als Ideologie zur Vertretung materieller Interessen genutzt wurde. Während die Landwirtschaft graduell an ökonomischer Bedeutung verlor und seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts von Schutzzöllen abhängig war, betonte sie immer deutlicher ihre angebliche sozialpolitische Funktion als Kraft der Bewahrung und des Ausgleichs zwischen den Klassen. Riehls sozialpolitische Überlegungen verschärfend stilisierte sie sich als „völkische Bastion gegen die ‚zersetzenden‘ Folgeerscheinungen des Industrialismus“.<sup>15)</sup> Während sich Riehl aber ganz, unter Missachtung außenpolitischer Stärke, auf den innenpolitischen Frieden konzentriert hatte, suchte die Agrarromantik darüber hinaus auch die Anknüpfung an das Machtstaatsdenken, indem sie die Rolle der ländlichen Gebiete für die Wehrkraft betonte. Nur bei einer Bewahrung des primären Wirtschaftssektors sei eine hohe Geburtenrate, gesunder Nachwuchs und Nahrungssicherheit gewährleistet.

Während diese Form der Agrarromantik vor allem der Besitzstandswahrung eines auf staatliche Hilfe angewiesenen Wirtschaftszweiges diene, konnte die konsequente Betonung einer gesunden und wachsenden Bevölkerung aber auch eine dynamischere Richtung einschlagen, die entgegen der landwirtschaftlichen Interessenpolitik auf eine grundsätzliche Umstrukturierung des Landes abzielte. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ertönte der Ruf nach neuen agrarischen Siedlungen. War es nicht schlicht folgerichtig, dass mehr Menschen das Land bearbeiten sollten, wenn diese Bevölkerungsgrup-

<sup>14)</sup> So sah er durchaus die wachsende Bedeutung des Bürgertums und des vierten Standes.

<sup>15)</sup> Jens *Flemming*: Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890–1925, Bonn 1978, S. 38. Vgl. auch Hans-Jürgen *Puhle*: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914), Hannover 1967; Kenneth D. *Barkin*: The Controversy over German Industrialization 1890–1902, Chicago 1970, und Klaus *Bergmann*: Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim 1970. Einen nützlichen Überblick bietet Rita *Aldenhoff*: Agriculture, in: Roger *Chickering* (Hrsg.): Imperial Germany. A Historiographical Companion, Westport 1996, S. 33–61.

pe so wichtig war für das Gesamtwohl der Nation? Sollten nicht die oft überschuldeten Güter im Osten aufgebrochen werden, um viele unabhängige Bauern zu schaffen, die doch viel eher dem romantischen Ideal entsprachen und mehr Kinder zeugen würden? Würde die Verteilung des ländlichen Besitzes nicht einen unabhängigen Mittelstand stärken, von dem schon Riehl eine stabilisierende Wirkung auf die sozialen Verhältnisse erwartet hatte? Aus dieser Perspektive konnte bei der Rechten von den Alldeutschen bis hin zu völkisch-rassistischen Gruppierungen die Forderung eines grundlegenden Wandels der ländlichen Welt aufkommen, mit der nicht nur die Interessen der adligen Großagrарrier verletzt wurden.

Seit dem Kaiserreich gab es viele Pläne zur inneren Kolonisation und zur ländlichen Siedlung, vor allem motiviert durch die Sorge über eine verstärkte Abwanderung in die Städte und eine angebliche polnische Unterwanderung der östlichen Grenzgebiete. Siedlungen sollten durch die Steigerung der Landbevölkerung einen „Schutzwall“ gegen andere Völker errichten, durch hohe Geburtenraten als „Jungbrunnen“ den „notwendigen“ Bevölkerungsüberschuss für die Städte liefern, durch gesunde Lebensumstände einer „rassischen Degeneration“ entgegenwirken und in einer zerstrittenen Gesellschaft als starker Mittelstand zur Bastion einer gesunden Volksgemeinschaft werden. Vor und nach dem Ersten Weltkrieg förderten staatliche Stellen ebenso die innere Kolonisation, wie sie auch von politisch sehr unterschiedlich orientierten gesellschaftlichen Reformbewegungen propagiert und gefördert wurde. Diese Bemühungen, die zu weiten Teilen daran scheiterten, dass die Aufbrechung der großen Güter im Osten zur Bereitstellung von Siedlungsraum politisch nicht durchsetzbar war, konnten großstadtfeindlich sein. In ihrer Mehrheit suchten sie jedoch im durchaus bejahten Prozess der Industrialisierung den prozentualen Anteil der Landbevölkerung zumindest zu wahren, um die Nahrungsproduktion und Bevölkerungswachstum sicherzustellen.<sup>16)</sup>

Die Vorstellung Riehls, dass die Landwirtschaft stets eine beharrende Kraft darstelle, war zumindest in der Moderne fern von jeder Realität. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts steigerte sich die Agrarproduktion um 95%, im Kaiserreich noch einmal um 73%. Neue Anbaumethoden, Pflanzenzüchtungen und künstliche Düngemittel führten ebenso zu einer rasanten Produktionssteigerung wie Flurbereinigungen und die Urbarmachung von Ödland. Mit dieser „grünen Revolution“, mit der die Landwirtschaft zunehmend für den Markt produzierte und eine stetig wachsende Stadtbevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgte, nahm der erste Sektor ebenso am wissenschaftlich-

<sup>16)</sup> Uwe Mai: „Rasse und Raum“. Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat, Paderborn 2002, S. 16–47; Thomas Rohkrämer: Eine andere Moderne. Zivilisationskritik, Natur und Technik in Deutschland 1880–1933, Paderborn 1999, S. 40–45.

technischen Fortschritt teil wie mit einer langsam einsetzenden Mechanisierung und der Gründung von agrarökonomischen Ausbildungsstätten.<sup>17)</sup>

Wenn man Riehl folgend glaubte, dass Landschaft nicht allein der Profitmaximierung, sondern auch einer konservativen sozialen Beharrung dienen sollte, dann musste die Modernisierung des Agrarsektors als gefährliche Neugestaltung erscheinen. Schon in den frühen Anfängen der Industrialisierung und Urbanisierung hatte mit der Romantik ein nostalgischer Kult von unberührter Natur und traditioneller Landschaften eingesetzt; nun aber wandelte sich das überkommene Landschaftsbild zunehmend durch die Urbarmachung von Feuchtgebieten, durch Flurbereinigungen und Bachbegradigungen, durch Stallhaltung und Intensivierung des Anbaus. Die kritische Antwort auf den beschleunigten Wandel des Raums war der Natur- und Heimatschutz, der sich um die Wende zum 20. Jahrhundert in reichsweiten Organisationen formierte.<sup>18)</sup> Der Naturschutz konzentrierte sich vor allem auf die Erhaltung möglichst ursprünglicher Teile der Landschaft. Wohl war er auch von dem Vorbild der großen Nationalparks in den USA inspiriert, aber in Deutschland beschränkte man sich pragmatisch weithin auf die Forderung nach Bewahrung von räumlich eng begrenzten „Naturdenkmälern“. Der Naturschutz wollte damit bewusst nicht der Modernisierung der Landschaft im Wege stehen, sondern nur eine materielle Repräsentation von älterer und ökonomisch obsolet gewordener Natur wahren. Der Heimatschutz operierte in enger Verschränkung mit dem Naturschutz, hatte aber weitere Ziele: Zum einen ging es ihm im Prinzip um die Bewahrung der gesamten Landschaft, die für ästhetisches Empfinden und Heimatgefühl von Bedeutung war, zum anderen wollte man nicht nur die natürliche Landschaft, sondern darüber hinaus auch überkommene Sitten und Gebräuche, die Volkskultur und einen traditionellen Baustil wahren. Gerade bei der Förderung eines regional angepassten Bauens, zunächst gegen den Historismus, dann gegen modernistische Bewegungen wie das Bauhaus, spielte der Heimatschutz eine einflussreiche Rolle.<sup>19)</sup>

<sup>17)</sup> Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3: 1849–1914, München 1996, S. 1266 u. 685 ff.

<sup>18)</sup> Vgl. vor allem die drei wichtigen neuen Veröffentlichungen zu diesem Thema mit Verweisen auf die ältere Literatur: Thomas M. Lekan: *Imagining the Nation in Nature. Landscape Preservation and German Identity, 1885–1945*, Cambridge (Mass.) 2004; Willi Oberkrome: „Deutsche Heimat“. Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900–1960), Paderborn 2004; Friedemann Schmoll: *Erinnerung an die Natur. Die Geschichte des Naturschutzes im deutschen Kaiserreich*, Frankfurt a.M. 2004. Siehe auch Willi Oberkromes Beitrag in diesem Band.

<sup>19)</sup> Matthew Jefferies: *Heimatschutz. Environmental Activism in Wilhelmine Germany*, in: Colin Riordan (Hrsg.): *Green Thoughts in German Culture. Historical and Contemporary Perspectives*, Cardiff 1997, S. 42–54. Jetzt auch allg. *Ders.*: *Imperial Culture in Germany, 1871–1918*, Basingstoke 2003. Andreas Knauer: *Zurück zur Natur! Die Wurzeln der Ökologiebewegung*. Supplement 1 zum Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege, 1993. William Rollins: *A Greener Vision of Home. Cultural Politics and Environmental Reform in the German Heimatschutz Movement, 1904–1918*, Michigan 1997.

Die Forderung nach Naturdenkmälern passte sich weithin konfliktfrei in die moderne Gesellschaft ein und fand schnell Akzeptanz, denn der Naturschutz bewahrte nicht nur Naturgeschichte für die Wissenschaften, sondern entsprach auch der gesamten musealen Erinnerungskultur des 19. Jahrhunderts.<sup>20)</sup> Er leistete im neu gegründeten Deutschen Kaiserreich, das in vielem nicht den Idealen der progressiven Nationalbewegung entsprach, einen wichtigen und kostengünstigen Beitrag zur Verortung in der Zeit sowie der regionalen und nationalen Identitätsstiftung.<sup>21)</sup> Er bot eine gewisse Kompensation für die psychologischen Anforderungen einer Moderne, welche die Vergangenheit in wachsender Geschwindigkeit verschlang. Gegen die unverdeckte Herrschaft einer rein zweckrationalen Produktivitätssteigerung betonte er nicht ohne Grund die Bedeutung einer anheimelnden oder grandiosen Schönheit in der menschlichen Umwelt. Der Heimatschutz bot potentiell ein größeres Konfliktpotential, weil er im Prinzip ein Mitspracherecht bei der gesamten Landschafts- und Baugestaltung forderte, doch auch hier setzte sich zumindest bei seinen führenden Vertretern schnell eine pragmatische Beschränkung auf das Machbare durch. Wenn der Bund Heimatschutz in Konflikt mit gewichtigen ökonomischen Interessen geriet, forderte er zumeist keine völlige Bewahrung des Bestandes oder Replica der Vergangenheit, sondern eine Neugestaltung, die sich harmonisch in das Bestehende einfügen und ästhetisch ansprechend sein sollte. So verständlich, ja unvermeidlich eine solche Abstrahierung von einer konkreten Wahrung der Vergangenheit auch war, wenn man nicht mit dem Ruf nach einer Musealisierung Deutschlands von vornherein ins Abseits geraten wollte, so drohte bei diesem Weg doch das Verirren in ideologische Abwege. Wenn die neue Gestaltung dem Charakter des Überkommenen entsprechen sollte, so wurde ein solcher Stil im Zeitalter des Nationalismus zunehmend völkisch bestimmt. Die Gestaltung sollte einem angeblich nationalen oder regionalen Charakter des Volkes angepasst werden, wobei die jeweiligen Vorurteile der Zeit kaum kontrolliert einfließen konnten. Der Heimatschutz bot somit Raum für Reaktionen auf Überfremdungsängste und Reinheitsphantasien, selbstredend auch rassistischer Art. Im wilhelminischen Gefühl nationaler Stärke herrschte noch ein selbstbewusstes Heimatgefühl vor, das eine internationale Vielfalt schätzen konnte, aber in Krisenzeiten verstärkten sich die xenophobischen Tendenzen. Die Glorifizierung einer deutschen Heimat konnte sich einfügen in die „Ideen von 1914“, die im Ersten Weltkrieg den „westlichen“ politischen Grundsätzen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit den Glauben an einen überlegenen deutschen Sonderweg entgegensetzten, der angeblich autoritär, militä-

<sup>20)</sup> Alon Confino/Peter Fritzsche (Hrsg.): *The Works of Memory. New Directions in the Study of German Society and Culture*, Urbana 2002; Rudy Koshar: *From Monuments to Traces. Artifacts of German Memory, 1870–1990*, Berkeley 2000.

<sup>21)</sup> Lekan: *Imagining the Nation*.

ristisch-heroisch und gemeinschaftsorientiert ausgerichtet war.<sup>22)</sup> Das Idealbild einer traditionellen, typisch deutschen Kultur richtete sich vor allem auch gegen internationale Kunststile, Moden und eine moderne Massenkultur, deren Einflüsse oft als gefährliche „Amerikanisierung“ diffamiert wurden.<sup>23)</sup> Es konnte sich schließlich auch mit rassistischen Verurteilungen verbinden, sei es gegen angeblich jüdische Einflüsse innerhalb Deutschlands oder einer „polnischen Mißwirtschaft“ im Umgang mit der Landschaft im Osten.

Die kulturellen und politischen Zielvorstellungen des Natur- und Heimatschutzes lassen sich nicht auf einen Nenner bringen, da es sich um „eine diffuse Gemengelage aus nationalistischen Überhöhungen, romantischen Naturbildern, prä-ökologischen Gleichgewichtsvorstellungen und ethischen Idealismen“ handelt.<sup>24)</sup> Neuere geschichtswissenschaftliche Veröffentlichungen haben zu Recht betont, dass Verbindungen zu nationaler bzw. völkischer Identität vorhanden waren. Natur symbolisierte die Nation oder eine Region, sie stand für ein gemeinsames Gut, das die gesamte Bevölkerung verbinden sollte. Die Betonung dieser Gemeinsamkeiten stellte sich damit auch gegen die Realität von unversöhnlichen politischen Gegensätzen, bitteren religiösen Konflikten und gegensätzlichen sozialen Interessenlagen in der tief gespaltenen deutschen Gesellschaft, indem sie vermeintlich universale Werte der gesamten Nation über Zeiten und Regionen, Klassen und Milieus hinweg hervorhob. Wohl handelte es sich um einen Rückgriff auf Vergangenes und Vergehendes, jedoch nicht zur Unterstützung von atavistischen politischen Zielen, sondern zur Schaffung einer konservativen nationalen Identität für den neu gebildeten Nationalstaat. Wohl versuchte man, Aspekte der Vergangenheit zu bewahren, aber Traditionen wurden auch erfunden, umgeformt, als „deutsches Kulturgut“ ins Bewusstsein gerückt und fixiert, um in einem veränderten Funktionszusammenhang völlig neue Aufgaben zu übernehmen. Dies ist ein Vorgang, der für den Nationalismus über Ländergrenzen hinweg charakteristisch ist.<sup>25)</sup>

Während sich der bürgerliche Natur- und Heimatschutz vorbehaltlos in den Dienst des Nationalismus stellte, ging er darin nicht auf. Schließlich sind die Möglichkeiten zur Wahl von nationalen Symbolen praktisch unbegrenzt; deshalb kann es kein Zufall sein, wenn gerade Natur, Landschaft und alte

<sup>22)</sup> Steffen Bruendel: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003; Kurt Flasch: Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg, Berlin 2000; Wolfgang Mommsen (Hrsg.): Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg, München 1996.

<sup>23)</sup> Einen guten Überblick bietet Alf Lüdtke (Hrsg.): Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1996. Siehe auch Rohkrämer: Eine andere Moderne, S. 252–260.

<sup>24)</sup> Schmoll: Erinnerung an die Natur, S. 51.

<sup>25)</sup> Zum Forschungsstand und zu weiterführender Literatur vgl. Anthony D. Smith, National Identity, London 2001.

Gemäuer zum Zentrum einflussreicher sozialer Bewegungen werden. Erst in einer Zeit gesteigerter technischer Machtmittel konnte die Natur nicht mehr nur als lebensnotwendige Ressource oder existenzbedrohende Gefahr erscheinen, sondern auch als bewahrenswertes Gut für nicht-utilitaristische Zwecke. Nun erst konnte die ästhetische Qualität von Landschaft an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnen und ihre identitätsstiftenden Qualitäten als scheinbarer Garant für Dauerhaftigkeit in Zeiten des schnellen Wandels erhalten. Erst in der Moderne konnte es dazu kommen, dass Natur und Tradition nicht mehr als übermächtig oder selbstverständlich erschienen, sondern als durch den Menschen gefährdete Güter. Und tatsächlich hatten auch alle diese Aspekte Bedeutung für den Natur- und Heimatschutz: Die Freiheit von existentieller Not öffnete die Möglichkeit, auch die Schönheit der Natur und unzeitgemäße Gebäude genießen zu wollen. Die Angst vor dem menschlichen Zerstörungspotential<sup>26)</sup> ließ den Ruf nach Schutzmaßnahmen und einem ethischen Umgang mit der Natur aufkommen. Die Sorge über die Folgen einer kurzsichtigen Profitmaximierung führte zur Propagierung einer vernünftigen, nachhaltigen Nutzung. Der rasante Wandel provozierte den Wunsch, in der Veränderung eine gewisse nationale oder ethnische Stabilität zu bewahren, um sich nicht im Strudel der Zeit zu verlieren. All dies wurde zusammen mit der Betonung einer Verbindung von Land und Leuten in solch enger Mischung thematisiert, dass es schwierig ist, klare Priorisierungen zu erkennen.

Diese Vielfalt an Motiven und Funktionen erklärt, warum sich der Natur- und Heimatschutz in verschiedenen Ländern entfalten konnte, warum er sich mit verschiedenen politischen Richtungen von den sozialistischen Naturfreunden bis hin zu völkischen Gruppierungen verband und warum er in so wechselhaften Zeiten vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik seine Popularität wahren konnte. Auch wenn er im Ersten Weltkrieg einen Radikalisierungsschub nach Rechts vollzog, so sollte das nicht den offeneren Anfang verdecken. Die nationalistische Betonung von einer alle Deutschen verbindenden natürlichen Landschaft enthielt sicherlich ein wertkonservatives Element, aber dies konnte sich durchaus mit liberalen und demokratischen Orientierungen verbinden.<sup>27)</sup> Die Staatsorientiertheit von Natur- und

<sup>26)</sup> Ludwig Klages, der Mitglied im Bund Heimatschutz war, formulierte diese Sorge mit besonderer Prägnanz in einem Sammelband zur Feier der Freideutschen Jugend auf dem Hohen Meissner: Der moderne Mensch habe „Mord gesät“. „Unter den Vorwänden von ‚Nutzen‘, ‚wirtschaftlicher Entwicklung‘, ‚Kultur‘ geht er in Wahrheit auf Vernichtung des Lebens aus. Er trifft es in allen seinen Erscheinungsformen, rodet Wälder, streicht die Tiergeschlechter, löscht die ursprünglichen Völker aus, überklebt und verunstaltet mit dem Firnis der Gewerblichkeit die Landschaft und entwürdigt, was er vom Lebewesen noch übrigläßt, gleich dem ‚Schlachtvieh‘ zur bloßen Ware, zum vogelfreien Gegenstande eines schrankenlosen Beutungsers“ (Ludwig Klages, Mensch und Erde, in: *Ders.: Sämtliche Werke*, Bd. 3, Bonn 1974, S. 614–636, hier S. 614 u. 621).

<sup>27)</sup> So etwa *Lekan: Imagining the Nation*, S. 74–76 und passim; Celia Applegate: Question of Heimat in the Weimar Republic, in: *New Formations* 17/1992, S. 69; *Dies.: A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat*, Berkeley 1990, S. 109, 148 ff., 165 ff. u. 193.